Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 574. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag. Dinstag, den 7. December 1880.

Die neuesten Erklärungen des Finanzministers.

Unser Berliner ⊡-Correspondent schreibt:

Ueber die Erklärungen des Finanzministers in der Sonnabendsitzung der Budgetcommission erfährt man, daß dieselben von Herrn Bitter nicht persönlich abgegeben wurden, sondern brieflich von ihm an den Vorsitzenden der Commission gerichtet waren. Im Abgeordnetenhause trat heute, wie natürlich, das Interesse an den trockenen Specialien der Tagesordnung sehr hinter demjenigen zurück, welches die Mittheilungen des Chefs der Finanzverwaltung erregen müssen. Allgemein spricht sich eine starke Mißstimmung darüber aus, daß in der Commission das bestimmte Ersuchen gestellt worden war, die regierungsseitig gemachten Eröffnungen als vertrauliche zu behandeln. Nicht blos, daß dies der langjährigen Praxis des Hauses widerspricht, sondern man kann es auch von conservativen Abgeordneten offen aussprechen hören, daß die Fragen, um die es sich handelt, Steuer-Erlaß, sowohl wie Höhe der nächstjährigen Matricularumlagen, in ein schiefes Licht gerückt und damit der Sache nur geschadet werde, wenn hier nicht die vollste Offenheit und Oeffentlichkeit herrsche. Wenn Herr Bitter wirklich glaubt, die Auslassung seiner Commissare, welche so viel Aufsehen gemacht, „desavouirt" zu haben, so ist niemals von einem Vogel Strauß der Kopf ungeschickter in den Sand gesteckt worden. Allerdings fehlt in der jetzigen Erklärung der ausdrückliche Hinweis auf die Möglichkeit, daß die Mehranforderungen der Heeresverwaltung durch eine zu diesem Zwecke reservirte Reichssteuer gedeckt werden könnten. Aber die Thatsache einer solchen Mehranforderung, zu deren Deckung die bisherigen Einnahmen des Reichs, einschließlich der auf Zölle und Tabaksteuer angewiesenen festen Rate von 130 Mill. nicht ausreichen, ist in der unzweideutigsten Weise zugestanden; und wenn man für die Erhöhung des Postens der Matricularbeiträge im preußischen Etat, in welcher zuletzt doch das Deficit des Reichs seinen Ausdruck finden muß, „zur Zeit jedenfalls keine sichere Unterlage haben würde", so liegt doch nichts näher, als die Feststellung dieser Ziffer und demzufolge die Bilancirung des preußischen Etats so lange hinaus zu schieben, bis eine „sichere Unterlage" gegeben sein wird. Spätestens nach vollständiger Vorlegung des Reichsetats im Bundesrath müßte das der Fall sein. Wenn es in einzelnen Blättern anscheinend als ein selbstverständliche Unterstellung behandelt wird, als ob die Etatsberathung vor Weihnachten abgeschlossen sein müßte, so hat das nicht den mindesten Grund, denn das Etatsjahr, auf welches der entsprechende Artikel der preußischen Verfassung jetzt zu beziehen ist, beginnt nicht früher als mit dem 1. April; der Landtag wird aber jedenfalls bis in den Februar versammelt bleiben. Der Ausweg, welchen Herr Bitter mit staunlicher Naivität vorschlägt, die Erhöhung der Matricularbeiträge, event. als Mehrausgabe gegen den Etat in Rechnung zu stellen, heißt doch nichts anderes, als das Deficit, welches sich einstweilen nur in den 30 Millionen Anleihe ausspricht, noch um den ganzen Betrag jener Erhöhung zu steigern, dessen niedrigste Schätzung den Ausfall des Steuererlasses von 14 Millionen noch beträchtlich übersteigt. In dem Augenblicke, in welchem dies um den Entwurf des Reichsetats ziffermäßig festgestellt wäre, kann nur der für den Steuererlaß stimmen, der entweder die Regierung in eine Sackgasse treiben, oder sich selbst sehenden Auges in die vom Abg. Hobrecht angezeigte Sackgasse werfen will, unbesehen jede mögliche Steuer im Reichstage anzunehmen, um nur für das selbst decretirte Deficit Deckung zu finden. Auch die Conservativen könnten dabei mit der Branntweinsteuer sehr unangenehm beim Wort genommen werden, wenn sich herausstellen sollte, daß gerade nur für diese eine Mehrheit im Reichstage zu gewinnen ist.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. December.

11 Uhr. Am Ministertisch: Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnaden-Quartal.

Die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. Bei Cap. 85 (Meteorologisches Institut) mahnt Abg. von Wedell-Malchow an die versprochene Reorganisation dieser Anstalt, die in Preußen nicht bis zu dem Grade entwickelt ist, um den Ansprüchen, die an sie gestellt werden, entsprechen zu können. Den Interessen des Handels und der Schifffahrt in dieser Beziehung diene bereits die Seewarte in Hamburg; in ähnlicher Weise müßten die Beobachtungen für die Landwirthschaft verwerthet werden, um z. B. die Feldfrüchte rechtzeitig zu bergen; beiläufig auch für Feste im Freien, um die weißen Kleider unserer Damen zu schonen, und damit die Hausfrauen wissen, wann sie waschen sollen. (Heiterkeit.) Am weitesten entwickelt sind die Einrichtungen in Nordamerika, wo täglich 4500 Depeschen von gewissen Centralpunkten an sämmtliche Eisenbahnstationen versandt werden und der Staat jährlich über 1 Million Dollars dafür aufwendet. England verwendet dafür jährlich 300,000 M., also zehn Mal so viel, als das preußische Budget, das 29,700 M. aussetzt. In Frankreich besteht schon seit langer Zeit ein service agricole für die Wetterbeobachtungen. Oesterreich besitzt eine Centralstelle, desgleichen Baiern, Würtemberg und Baden. Am höchsten steht das Königreich Sachsen, dessen Centralstation (in Leipzig) unter der Leitung des berühmten Bruns steht und die ihre Depeschen sehr regelmäßig in die weitesten Kreise sendet, wofür sogar an den Stationen ein Telegraphendienst mit Signalvorrichtungen besteht. Die Wirksamkeit der Seewarte kann wegen des Mangels einer Centralstelle nur eine beschränkte sein. Für das inländische Telegraphenwesen ist in den neuen Etat des Reiches ein Hilfsarbeiter eingestellt worden, was hoffentlich den Interessen der Seewarte zu Gute kommen wird. Es muß in Preußen für jede Provinz eine Centralstation eingerichtet werden; die Berliner Centralstelle dürfte dann in erster Linie einen organisatorischen Charakter haben. Wie steht es mit der Reorganisation des Instituts? fragt der Redner und richtet an den Finanzminister speciell die Bitte, in die Einstellung der nöthigen Mittel in den nächsten Etat zu willigen; 150,000 Mark pro Jahr würden hinreichen. (Beifall.)

Reg.-Commissar Geh. Rath Herrfurth: Die Regierung bietet gern die Hand zur Erfüllung dieser Wünsche, die aber bei den jetzigen Einrichtungen des Instituts und mit den Mitteln des Etats unmöglich ist. Seine Reorganisation, über welche seit 4 Jahren mit Zuziehung von Sachverständigen, namentlich des Directors der Seewarte, bis zum Abschluß verhandelt worden ist, wird sehr erhebliche Mittel in Anspruch nehmen, aber, sobald dieselben gewährt sind, allen Wünschen, insbesondere dem nach einem Centrum in Potsdam und Stationen in allen Provinzen, genügen. Außer den Kosten im Ordinarium würde extraordinär mehr als 1 Million für Errichtung neuer Stationen, Ausführung von Bauten und Umwechselung der ungenügenden Instrumente erforderlich sein. Bei der jetzigen Finanzlage konnte eine solche Summe in den laufenden Etat nicht eingestellt werden; die Regierung hofft, daß es ihr für den nächsten Etat möglich sein wird, übernimmt aber dafür keine Gewähr. Uebrigens leistet das Institut mit seinen beschränkten Mitteln schon jetzt sehr viel, und die Bedenken gegen die Art und Weise seiner Publicationen sind durch seine Mühwaltung beseitigt. Man arbeitet noch mit den alten Instrumenten, rechnet aber die Thermometer-Beobachtungen nach Reaumur und die barometrischen nach Zollen nach dem neuen System um. Außerdem verhandeln gegenwärtig die Admiralität und die Minister des Inneren und der Landwirthschaft darüber, daß durch Beamte des Instituts Isothermen- und Wetterkarten hergestellt werden, wodurch dem Wunsche des Vorredners, so weit es zur Zeit thunlich ist, entsprochen wird.

Abg. Schmidt (Stettin) verlangt neben einer Centralstation Provinzial-Hauptstellen in Königsberg, Breslau, Berlin, Kiel, Göttingen und Bonn und ein größeres Netz von einfacher eingerichteten Nebenstationen, namentlich Regenstationen für jede Quadratmeile, für deren Besetzung die landwirthschaftlichen Vereine eintreten müssen. Erst dann wird die Wissenschaft mit mehr Glück als bisher das Wetter voraussagen können und die Autorität des hundertjährigen Kalenders bei den Landleuten verdrängen.

Abg. Virchow: Wie denkt sich die Regierung das Verhältniß des reorganisirten Instituts zur Seewarte? Man hat nun einmal die hauptsächlichsten Interessen, welche bis dahin in nicht unwissenschaftlicher, in vieler Beziehung sogar ausgezeichneter Weise hier in Berlin betrieben waren, plötzlich dislogirt und den Hauptsitz der deutschen Meteorologie nach Hamburg verlegt. Nachdem also das Wetter nur dort gemacht wird, ist es da nützlich und loyal, für dieselbe Aufgabe eine zweite Centralisation zu schaffen? Was die Herren Landräthe wollen, findet zur Zeit immer ein doppelt geneigtes Ohr bei der Regierung. Aber erst mußte doch nachgewiesen werden, daß das Wetter auf verschiedene Weise, für die See und das Land, zu interpretiren ist. Die Seewarte muß sich doch auch um das Wetter auf dem Lande bekümmern, um das auf der See vorauszusehen, und man kreuzt die Interessen, wenn man zwei Anstalten für dieselbe Aufgabe vollständig organisirt und die eine mit ihren praktischen Leistungen auf die See hindrängt, während die andere ihre Application auf das Land macht. Eine nützliche Concurrenz ist in diesem Falle nicht zu erwarten und man könnte sehr wohl in Berlin produciren was jetzt in Hamburg geleistet wird, seitdem es Telegraphen giebt.

Geh. Rath Herrfurth: Die einzelnen Modalitäten des Reorganisationsplans können erst discutirt werden, wenn der Plan selbst vorliegt. Die Absicht ist, die Seewarte und das Institut sollen nicht vereinigt werden, sondern nebeneinander wirken.

Abg. von Schorlemer (Alst): Die Antwort des Herrn Commissars hat mich erfreut; doch sähe ich lieber, daß etwas gethan, als daß nur entgegenkommende Erklärungen abgegeben werden. Der Abg. Virchow findet, daß die Wünsche der Landwirthschaft jetzt allzusehr berücksichtigt werden; aber es ist nicht wohlgethan, sich immer abfällig zu äußern, so oft hier von der Landwirthschaft die Rede ist. Es macht den Eindruck, als ob die Herren es kaum mehr ertragen könnten, wenn hier einmal die Interessen der Landwirthschaft vertreten werden. Für uns ist es gleichgiltig, ob die Sache von der Seewarte allein, oder in Verbindung mit dem Institut geregelt wird. In Westfalen hat man die Einrichtung mit der Seewarte getroffen, die sich in sehr entgegenkommender Weise an unsere landwirthschaftlichen Versuchsstationen mit der Anfrage gewendet hat, ob sie eine Beobachtungsstation einrichten wollten, wofür dann die Seewarte die Instrumente liefern und die nöthigen Baulichkeiten auszuführen bereit sei. Die Einrichtung bewährt sich durchaus. Die Einrichtung von landwirthschaftlichen Versuchsstationen hat den Vortheil, daß die landwirthschaftlichen Vereine und deren Organe sich für die Beobachtungen interessiren, und hierdurch eine größere Verbreitung erfolgt. Den sanguinischen Folgerungen von Wedells kann ich mich nicht anschließen; aber abgesehen von dem hundertjährigen Kalender darf man die meteorologischen Beobachtungs-Stationen doch als wesentlich verbesserte Klinkerfuesse betrachten. (Heiterkeit.)

Abg. Virchow: Die Herren Landwirthe scheinen zuweilen zu glauben, es müsse eine Specialwissenschaft für sie erfunden werden, während es sich doch nur um eine zweckmäßige Anwendung der allgemeinen Wissenschaft auf die Landwirthschaft handelt. Sollen also für die eigentliche Wissenschaft Beobachtungsstationen fixirt werden, so müssen sie doch an irgend einer Stelle centralisirt werden. Bekanntlich handelt es sich nicht mehr darum, das Wetter innerhalb der Provinzen Deutschlands zu übersehen, sondern womöglich über den ganzen Erdball. Auf meiner vor einigen Monaten in Spanien unternommenen Reise kaufte ich mir eines Morgens in Granada ein Zeitungsblatt und las darin eine Depesche aus Newyork vom Tage vorher, worin gemeldet wurde, daß ein Sturm über den Ocean gehen und an den Küsten von Spanien wahrscheinlich eine furchtbare Verwüstung anrichten würde. Wir fuhren zwei Stunden weiter und sahen über die Murena das große Gewitter heranziehen, das gemeldet war. Das läßt sich nicht ermöglichen, wenn man an einer Stelle sitzt und sich die Sache aus der Nähe ansieht, sondern dazu gebraucht man eine große und weit umfassende Centralisation. Wie weit Sie nachher die Sache auf einzelne Zweige der Landwirthschaft appliciren wollen, das ist eine andere Frage. Dadurch, daß man von vornherein eine gewissermaßen auf die Landwirthschaft zugeschnittene Wissenschaft sich zurechtmacht, gewinnt man keinen wesentlichen Vorzug. Nichts ist weniger hierzu geeignet, als gerade die Meteorologie, die in höherem Maße den Charakter einer Universalwissenschaft hat. Was der Herr Commissar über die Auseinandersetzung zwischen der See- und der Landwarte gesagt hat, ist wahrscheinlich nur eine momentane Concession an bestehende Verhältnisse des Reichs.

Abg. v. Schorlemer: Wir wollen nur ausgedehnte Beobachtungen auf recht viel einzelnen Stationen, nicht eine auf die Landwirthschaft zugeschnittene Wissenschaft.

Die 29,700 M. für das meteorologische Institut werden bewilligt.

Bei Cap. 90 (Landräthliche Behörden und Aemter) bemerkt Abg. Wehr: Schon wiederholt ist hier darauf hingewiesen worden, daß sowohl die Gehälter, wie die Dienstaufwands-Entschädigungen der Landräthe durchaus unzureichend sind; die Regierung hat dem nicht widersprochen, und bei dem großen Wohlwollen, welches der Herr Minister allen Beamtenklassen entgegenbringt, zweifle ich nicht, daß nur die Finanzlage ihn an einer Aufbesserung verhindert hat. Ich muß aber von neuem hervorheben, daß es Pflicht des Staates ist, diese Beamten genügend zu besolden, und bitte, das möglichst bald zu thun; ferner ist auf eine möglichst vollständige Beseitigung der von Communalabgaben freien Grundstücke hinzuwirken.

Geh. Rath Herrfurth: Wie bei allen Verwaltungsbeamten erkennt die Regierung auch bei den Landräthen die Nothwendigkeit einer Gehaltserhöhung an. Zu einer Erhöhung der Dienstaufwands-Entschädigung liegt aber kein Bedürfniß vor. Eine Erhöhung derselben hat erst 1874 stattgefunden, und es kommt noch hinzu, daß durch die Einführung der Kreisordnung die sachlichen Ausgaben der Landräthe wesentlich vermindert worden sind. Die Beseitigung der von Communalabgaben befreiten Grundstücke ist größtentheils durchgeführt, wenigstens in den Landgemeinden; sie alle zu beseitigen, war noch nicht möglich.

Abg. Wehr bleibt dabei, daß auch eine Erhöhung der Dienstaufwands-Entschädigung der Landräthe geboten sei.

Abg. Windthorst: Das Gehalt der Landräthe würde genügen, wenn die ursprüngliche Idee festgehalten worden wäre, wonach dieses Amt durch einen eingesessenen größeren Grundbesitzer bekleidet werden sollte. Da man davon leider abgekommen ist, ist eine Gehaltserhöhung der Landräthe nothwendig.

Abg. v. Minnigerode: Ich danke der Regierung für das Entgegenkommen bezüglich der finanziellen Stellung der Landräthe. Das Hauptbedürfniß liegt nach meiner Meinung in der Gehaltserhöhung, die Entschädigung für den Dienstaufwand ist ja allenfalls genügend. Gleichzeitig theile ich ganz die Meinung des Abg. Windthorst, daß das Landrathsamt nie ein des Geldgewinns wegen erstrebenswerthes Amt werden, sondern den Charakter eines Ehrenamtes beibehalten soll.

Abg. v. Rauchhaupt theilt die Ansicht Windthorst's über die Stellung der Landräthe und wird ihn bei der Kreisordnung, wo es gilt, diese Ansichten zu fixiren, beim Wort nehmen.

Abg. Windthorst: Man brauche ihn gar nicht beim Wort zu nehmen, er sei jeder Zeit für den ehrenamtlichen Charakter des Landrathsamts eingetreten, aber ohne Unterstützung von jener Seite (rechts) geblieben, und von Heereman constatirt, daß er in zwei Fällen dieselbe Anschauung vertreten habe.

Abg. v. Heydebrand: Es ist schon oft als billig und dringend nothwendig bezeichnet worden, die Gehälter der Kreissecretäre denen der Regierungssecretäre gleichzustellen, deren Rang derselbe ist, Die Regierung ist dieser Anregung gefolgt und hat wenigstens das Maximalgehalt der Kreis-Secretäre dem der Regierungssecretäre gleichgestellt, also von 3300 Mark auf 3600 Mark erhöht. Diese Erhöhung ist aber nur dadurch ermöglicht worden, daß man das Minimalgehalt um dieselbe Summe vermindert hat. Dieser Ausweg will mir als ein sehr unglücklicher erscheinen, es ist bedenklich, ein Minimalgehalt noch zu vermindern, um ein Maximalgehalt zu erhöhen. Ich bitte den Herrn Minister, beim nächstjährigen Etat diese Maßregel der Verminderung rückgängig zu machen und den Status quo ante wieder herzustellen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die Minimalgehälter nicht verringert werden. Wir Conservativen erwarten vielmehr, daß der Moment kommen wird, wo Mittel vorhanden sein werden, die Gehälter aufzubessern. Allerdings kommen die Kreissecretäre 6 bis 8 Jahre früher in ihre Stellung wie die Regierungssecretäre, aber dafür gehen sie in die kleinen Kreisstädte, übernehmen eine verantwortlichere und arbeitsreichere Stellung, müssen ihre Vorgesetzten vertreten und mit den Kreisinsassen verkehren. Die Erziehung der Kinder ist für den Kreissecretär in der kleinen Stadt schwieriger und kostspieliger als für die Regierungssecretäre in der größeren Regierungsstadt. Eine Erhöhung des Maximalgehalts kann doch nur eintreten, wenn einer der älteren Kreissecretäre stirbt oder pensionirt wird und dadurch von unten eine jüngere Kraft mit vermindertem Minimalgehalt zutritt. Ich bitte den Herrn Minister, im nächsten Etat das Minimalgehalt der Kreissecretäre von 1800 auf 2100 Mark zu erhöhen. (Beifall.)

Geh. Rath Herrfurth: Anträge auf Gleichstellung der Gehälter der Kreis- und Regierungssecretäre sind wiederholt vom Hause abgelehnt worden, und auch die Regierung ist ihnen entgegengetreten. Das geringere Minimalgehalt, mit dem die Kreissecretäre anfangen, involvirt keine Ungerechtigkeit. In der That kommen diese Beamten 6—8 Jahre früher in ihre Stellung als die Regierungssecretäre und recrutiren sich zum überwiegenden Theil aus Civilsupernumeraren, Landrathsschreibern und civilversorgungsberechtigten Militärpersonen und nur zum geringeren Theil aus Regierungssecretariats-Assistenten. Wenn die allgemeine Finanzlage es einmal gestattet, die Beamtengehälter aufzubessern, so würde das auch bei den Anfangsgehältern der Kreissecretäre stattfinden.

Abg. v. Heydebrand: Die letzte Bemerkung stellt ja in Aussicht, daß die Erhöhung wieder eintreten wird, sobald Mittel vorhanden sein werden. Woher kommt es denn, daß die Kreissecretäre sich so wenig aus den Secretariatsassistenten recrutiren? Ich glaube daher, daß diese nicht mehr aus der Hauptstadt in die Kreise hinauswollen, daß es sehr schwer ist, zuverlässige Kreissecretäre zu bekommen. Und doch sind gerade für diese Stellen die zuverlässigsten Leute erforderlich. Die Schwierigkeit wird aber wachsen, wenn man das Gehalt noch herabsetzt. (Sehr richtig!)

Geh. Rath Herrfurth: Die Mehrzahl der Kreissecretäre besteht nicht aus Secretariatsassistenten, weil die Regierung bei der Besetzung der Stellen die Wünsche der Landräthe berücksichtigt.

Abg. Köhler bedauert, daß der Etat keine Aufbesserung der Gehälter der Amtsvögte in der Provinz Hannover aufweise, obgleich die Regierung im vorigen Jahre in der Budgetcommission das Bedürfniß anerkannt und Abhilfe zugesagt habe.

Regierungs-Commissar Geheim-Rath Haase sagt die Erfüllung des Wunsches des Vorredners zu, sobald die allgemeine Finanzlage es gestatten werde.

Cap. 90, sowie 91 (Polizeipräsidium von Berlin) und 92 werden ohne Discussion genehmigt.

Bei Cap. 93 (Districtscommissare für die Provinz Posen) wird für den Kreis Krotoschin ein Commissar mehr gefordert.

Abg. v. Jazdzewski: Die Districtspolizeibeamten haben in dem Culturkampf eine Rolle gespielt, die den Intentionen der Regierung kaum entsprechen dürfte, und die Bevölkerung auf jede Weise verletzt und unnöthig provocirt. In Wilatowo z. B. haben sie unberechtigt Haussuchungen angestellt und zur Verhaftung eines gegen die Maigesetze amtirenden Geistlichen eine ganze Compagnie Soldaten aufgeboten, wobei es zu Mißhandlungen und Verwundungen kam. Die Mehrforderung eines Districts-Commissars für den Kreis Krotoschin halte er für unbegründet, die Erleichterung des Verkehrs habe auch die Geschäftsführung dieser Beamten erleichtert.

Minister Graf zu Eulenburg: Auf die allgemeine Bemerkung des Vorredners, daß die Districtscommissarien im Culturkampf eine traurige Rolle gespielt haben, kann ich nicht eingehen, da er Thatsachen für diese Behauptung nicht angeführt hat. Sein abfälliges Urtheil dürfte sich auch wohl weniger auf Thatsachen stützen, als aus der Mißstimmung über den kirchenpolitischen Conflict erklären. Was den Vorfall in Wilatowo anlangt, so möchte ich doch bitten, daß in allen solchen Fällen die Betroffenen sich zunächst bei der zuständigen Behörde beschweren. Wie sollen wir hier ein Urtheil über solche Vorgänge fällen, wenn uns das Material nicht vorliegt. Im Allgemeinen muß ich doch in Bezug auf diesen traurigen Vorfall erwähnen, daß der Districtscommissar nicht aus eigener Initiative gehandelt hat, sondern daß die Verhaftung des Geistlichen auf das ausdrückliche Verlangen der Staatsanwaltschaft erfolgen sollte. Die Nachsuchungen nach dem Geistlichen waren lange vergeblich, und als eines Tages eine Durchsuchung des Dorfes unter Assistenz mehrerer Gendarmen vorgenommen wurde, wurden sie von der Menge mit Steinwürfen empfangen und sahen sich genöthigt, eine Abtheilung zufällig anwesender Truppen zu requiriren, denen es nur unter erheblichem Widerstande gelang, die Verhaftung zu vollziehen. Die Ausschreitungen mögen bedauerlich sein, die Schuld dafür trifft aber nicht die Commissarien; die Untersuchung gegen die Excedenten schwebt übrigens noch.

Abg. Hahn führt aus, daß die Geschäfte der Districtscommissarien auch durch die besseren Wege nicht verringert worden wären, daß dieselben sogar eher zugenommen hätten.

Abg. Windthorst: Ich bewillige den Districtscommissar nicht. Wenn man diese Beamten auf ihre eigentlichen Geschäfte beschränkt, so reichen sie vollkommen aus, für die Geschäfte des Culturkampfs bewillige ich aber keinen. Der Minister hat sich selbst widersprochen: er sagte, die Leute in Wilatowo hätten sich beschweren sollen, damit man das Material kennen lerne; trotzdem aber kennt der Herr Minister den Fall sehr genau. Ist es erhört, daß man, um einen Geistlichen zu verhaften, der seinen Mitbürgern geistlichen Beistand leisten will, Derartiges unternimmt! Das ist eine Illustration zum Culturkampf, wie man sie nicht schrecklicher denken kann. So verfolgt der Staat Menschen, die die Religion im Volke pflegen, und es ist eine ganz absonderliche Politik, daß der Minister sich auf eine solche Erklärung beschränkt.

Abg. v. Jazdzewski: Der Geistliche konnte sich nicht beschweren; denn er saß Monate lang und auch heute noch hinter Schloß und Riegel. Wenn aber der Fall in Zeitungen geschildert wird und der Beamte tritt dieser Schilderung nicht entgegen, sondern erkennt die Wahrheit derselben an, dann muß ein solcher Fall hier besprochen werden, damit das Land weiß, wohin der Culturkampf führt. Herr Hahn sagt, der Wirkungskreis der Districtscommissarien habe sich erweitert. Zum Theil ist das richtig; ihre Arbeit ist durch die Standesamtsgeschäfte vermehrt. Wenn aber die Landräthe in Posen mehr leisten wollten und ihre Amtsgeschäfte nicht auf die Schultern der Districtscommissarien abwälzen würden, so würden diese bedeutend weniger zu thun haben und man brauchte sie nicht zu vermehren.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Einwendungen der Herren Windthorst und Jazdzewski sind unzutreffend. Ich habe in Bezug auf den Fall in Wilatowo mich nur ganz allgemein äußern können, da ein Bericht darüber nicht vorliegt. Der betreffende Geistliche würde sich, auch wenn er in Untersuchungshaft sitzt, doch haben beschweren können. Herr Windthorst hat meine Antwort absonderlich gefunden. Ich halte es nicht für angezeigt, bei jeder Gelegenheit, die in irgend einer Verbindung mit dem kirchenpolitischen Conflict steht, auf diesen einzugehen. Daran muß ich aber festhalten, daß die Autorität des Gesetzes aufrecht erhalten wird, und ich kann nicht hier Beamten ungerechte Vorwürfe machen lassen, die nur nach der Vor-

schrift des Gesetzes gehandelt und ihre Pflicht erfüllt haben. (Zustimmung links.)

Geh. Rath von Kehler rechtfertigt die in Capitel 93 ad 1 verlangte Vermehrung der Districtscommissariate von 4 auf 5 mit dem Hinweis auf die große Einwohnerzahl der jetzigen Bezirke; die Bedenken gegen die beabsichtigte Eintheilung der Bezirke sollen noch einmal sorgfältig geprüft werden.

Abg. Hahn: In Wilatowo sind die Polizeibehörden auf Anrufung der gerichtlichen Behörden eingeschritten. Der Abg. von Jazdzewski versichert, er wolle die Landräthe nicht verletzen, aber was kann man ihnen Verletzenderes sagen, als wenn man behauptet, daß sie nichts leisten. Die Landräthe können nicht die Geschäfte der Districtscommissare noch mitbesorgen, vielmehr ist eine Mittelinstanz zwischen Landräthen und Ortsbehörden durch die Größe der landräthlichen Kreise geboten. Im Jahre 1837 habe man auf einen Districtscommissar nur 8000 Einwohner berechnet. Wolle man sie nicht der größeren Einwohnerzahl entsprechend vermehren, so würden nicht die Landräthe darunter leiden, sondern die Bevölkerung.

Abg. Kantak: Die Zuziehung von Militär bei der Haussuchung und Verhaftung in Wilatowo sei durchaus nicht nöthig gewesen. Man solle die Untersuchung gegen die Beamten abwarten, um zu beurtheilen, ob von Jazdzewski die Sache falsch dargestellt habe. Gegen die Vermehrung der Districts-Commissarien würden die Polen stimmen, weil sie das ganze Institut mißbilligten.

Abg. Windthorst: Der Minister hat leider eine Untersuchung gegen die Beamten noch gar nicht in Aussicht gestellt, sondern nur gegen die Excedenten. Aber wir sind in der Hinsicht nicht sehr verwöhnt. Die Gesetze müssen, so lange sie existiren, vom Staate beachtet werden. Es kann nicht dringend genug nach allen Seiten hin der Mahnruf ergehen, daß man nach keiner Seite, mögen die Gefühle auch bis ins Innerste empört werden, denselben einen thätlichen Ausdruck gebe. Ich glaube aber, daß gegenüber derartigen Vorwürfen ein wärmerer Accent der Theilnahme seitens der Regierung erwünscht gewesen wäre. Wir wollten an diesem Falle nur zeigen, welches Unglück der Culturkampf über das Land verbreitet. Das werde ich immer und bei jedem Anlaß thun, denn es ist das einzige Mittel zur Abhilfe; die Mittel der Gewalt verabscheuen wir.

Abg. von Jazdzewski hat nicht sagen wollen, daß die Landräthe nichts leisten, sondern nur, daß sie sehr wenig leisten. (Heiterkeit.)

Abg. Freymark verwahrt sich und seine Collegen gegen den unbewiesenen Vorwurf des Abg. von Jazdzewski, daß sie nichts leisten.

Abg. von Jazdzewski: Ich habe gegen die Landräthe nichts Verletzendes sagen wollen und modificire meine Aeußerung dahin, daß den Landräthen durch die Districts-Commissarien die ganze Arbeit abgenommen wird. (Heiterkeit.)

Capitel 93 wird genehmigt.

Bei Cap. 94 (Landgendarmerie) wünscht von Schorlemer-Alst durch Beseitigung oder Verminderung der Brigadiers eine Ersparniß zu machen, und wünscht eine Specialisirung des vom Reich für die Gendarmerie gewährten Zuschusses, die Geh. Rath von Kehler verspricht.

Capitel 95, Tit. 1, setzt für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei 120,000 Mark aus.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Zu diesen geheimen Ausgaben gehören auch solche für die Presse. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat zwar wiederholt erklärt, daß sie nicht subventionirt, sondern freiwillig gouvernemental sei und die Regierung nur aus Patriotismus unterstütze. Dasselbe sagen aber auch andere, notorisch subventionirte Blätter und es steht fest, daß ein gewisser Raum der „Nordd. Allg. Ztg." jederzeit der Regierung zur Disposition steht, daß sie wiederholt sich zur Abgabe von Erklärungen im Namen der Regierung für ermächtigt erklärt hat und die sogen. Communiqués zuerst bringt. Nach dem Tone ist aber dieser Raum mit dem der Gallerie zu vergleichen. Ich vertraue, daß der Minister so viel Einfluß und Beziehungen zum Reichskanzler hat, um Uebelstände beseitigen zu können, deren scandalöse Seite auf die Regierung zurückwirkt. Es genügt nicht, daß die Regierung die Verantwortlichkeit für solche Blätter ablehnt, die nicht ihre Organe seien, wie der Herr Minister des Innern kürzlich gethan hat. Nach dem, was wir in letzter Zeit wiederholt erlebten, ist es nöthig, daß sie den Inhalt gewisser Artikel ausdrücklich desavouirt und jede nähere Beziehung zu Blättern abbricht, die solche Artikel bringen. (Redner verliest den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. November, in welchem die politische Richtung der Abgeordneten Richter und Rickert charakterisirt wird.) Ein solcher Artikel gehört zu den „reichs-, preußen- und staatsfeindlichen". Die Regierung will in Blättern nicht amtliche Publicationen inseriren, wenn die Haltung des Blattes derartig ist, daß das Inseriren entweder der Würde der Regierung nicht angemessen ist, oder zu Verwirrungen im Lande führen müßte. Nichts ist doch aber der Würde der Regierung mehr entgegen, als solche Artikel. Meine Partei ist gegen derartige Angriffe seit 10 Jahren sehr abgehärtet, und ich werde mich nicht wegwerfen, nachdem ich gegen die Revolution für die Monarchie eingetreten bin, mich gegen den Vorwurf republikanischer Bestrebungen Leuten gegenüber zu vertheidigen, die ihre Fahnen mit Tyrannenblut gefärbt haben wollen. Aber dem Ansehen der Regierung und des Parlaments im Lande sind derartige Vorwürfe sehr nachtheilig. (Sehr wahr!)

Ich habe oft einen Strauß mit dem Abg. Richter, dann bin ich nach der „Nordd. Allg." im eminentesten Maße staatserhaltendes Element. Nachher gehöre ich zur Centrumspartei; da bin ich reichs- und staatsfeindlich. Der Abg. Rickert, zur Zeit Landesdirector a. D., hat erst jüngst zum Zustandekommen der Militärnovelle wesentlich beigetragen. Wenn ein Compromiß zwischen den Liberalen und der Regierung früher nicht zu Stande kam, der Abg. Rickert war nicht daran schuld. (Heiterkeit.) Wenn von Bennigsen noch eine solche Rede hält wie neulich, so wird die „Nordd. Allg. Zeitung" ihn auch zu den Reichsfeinden zählen. (Heiterkeit.) Dann kommen die Conservativen dran, nicht, wie Virchow meint, die Freiconservativen. Das beweist ein Artikel in der „Königlich Privilegirten Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen." (Heiterkeit.) Hier in der „Voss. Ztg." wird im Anschluß an die Broschüre von Jolly folgendes Jolliment bewiesen (Heiterkeit): „In dem Bündniß zwischen den Conservativen und dem Centrum, dem Pfaffen, der im Dienste einer finsteren auswärtigen Macht stehe, und dem Junker, der sich als Vasall seines Lehnsherrn fühle, liege eine große Gefahr für die Monarchie und das deutsche Kaiserthum." Die freiconservative „Post" macht sogar der „Nordd. Allg. Ztg." Concurrenz. Sie sagt: „Hinter dem föderalistischen Gedanken des Centrums steckt der großdeutsche Gedanke mit dem durch Cavaliere und Beichtväter geleiteten österreichischen Kaiserstaat und der katholischen Demokratie." Also die freiconservative Partei ist schließlich die einzige regierungsfähige Partei. Was soll daraus werden, wenn das Blätter schreiben, die, wie man im ganzen Lande glaubt, der Regierung nahe stehen? Das heißt in der That eine Partei von Mameluden ins Leben rufen; denn was bleibt bei solchen Anforderungen noch für eine parlamentarische Partei übrig?

Alle Parteien sollten dem entgegentreten. Wer irgendwo der Regierung entgegentritt, wird als Feind der Monarchie und des Kaiserthums betrachtet. Die Liberalen leiden jetzt nur die gerechte Strafe dafür, daß sie solche Vorwürfe gegen daß Centrum geduldet haben. Solche Angriffe auf das Parlament sind mit dem Stempel der Infamie behaftet. In keinem Lande der Welt kommt es vor, trotz aller Heftigkeit des politischen Kampfes, daß die Parteien sich eines Mangels an monarchischer Loyalität beschuldigen, und noch mehr muß das in Blättern der Regierung befremden. Denn das heißt Unzufriedenheit im Staate erregen und die Klassen der Bevölkerung zu Haß und Verachtung gegen einander aufreizen. Ich bitte die Regierung, ihren Einfluß zu verwenden, daß in den Organen, zu denen sie in Beziehung steht, derartige Angriffe unterbleiben, oder jede Beziehung zu solchen Organen abzubrechen und ihnen alle Publikationen zu entziehen, denn das ist eine billige Bedingung, daß die Redaction solcher Blätter in die Hände von Männern gelegt wird, die ihre fünf Sinne beisammen haben und nicht solcher, die reif sind für eine Besserungsanstalt. (Beifall.)

Minister Graf Eulenburg: Ich kann nur wiederholen, daß die Regierung keine Verantwortlichkeit, weder für Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", noch anderer Privatblätter übernehmen kann. Insofern theile ich die Ausführungen des Herrn Vorredners, daß man selbst im scharfen politischen Kampfe die Verunglimpfung von Persönlichkeiten und die Unterschiebung nicht vorhandener Motive vermeiden muß. (Beifall.)

Zu Titel 4 (Prämien für die Ermittelung von Verbrechen) bemerkt

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich werde die hier verlangten Mehrbeträge bewilligen, mache aber darauf aufmerksam, daß dieselben nur durch die aus dem Culturkampf resultirende Verwilderung der Arbeiterbevölkerung nothwendig geworden sind. Das gilt namentlich von den 6 Lustmorden im Kreise Bochum; man hat hier aber auch die Polizeibeamten für die Ermittelung nicht mit der nöthigen Vorsicht ausgewählt; dadurch, daß Herr von Meerscheidt-Hüllessem, der als geheimer Commissar dorthin geschickt wurde, sogleich bei seiner Ankunft in einem Proclama zu seiner Unterstützung aufforderte, machte er die Entdeckung unmöglich und lähmte zugleich die Thätigkeit der Ortspolizeibehörde, die es natürlich dem großen Mann aus Berlin überließ, wie er fertig werden würde.

Das Capitel wird genehmigt.

Bei Cap. 96 „Strafanstalts-Verwaltung" richtet Abg. Schmidt (Stettin) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die vielen Beschwerden, welche seit Jahren darüber erhoben sind, daß die durch das deutsche Strafgesetz zulässige vorläufige Entlassung von Strafgefangenen nicht in dem Umfange erfolgt, wie es erwartet werden mußte. Die dem Landtage zugegangene amtliche Gefängnißstatistik weist nach, daß seit 1872 neben den Begnadigungen der Procentsatz von vorläufigen Entlastungen mit geringen Schwankungen in der Abnahme begriffen ist. Dagegen steht es fest, daß die zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörige Gefängnißverwaltung jährlich nach Prüfung der Verhältnisse zur umfassenderen Ausführung des Strafgesetzes die Hand geboten hat. Das General-Auditoriat gehört mit seinem Etat dem Reiche an, es bleibt außerhalb der Discussion. Im Jahre 1877/78 wurden 355 Anträge auf vorläufige Entlassung von der unter dem Ministerium des Innern stehenden Gefängnißverwaltung gestellt, und dabei für Civil- und Militärgefangene nur 129 genehmigt, 8 davon widerrufen. Es rechtfertigt sich nicht, die bei der Gesetzgebung maßgebend gewesenen Gründe für die vorläufige Entlassung neu zu ventiliren, wohl aber kann man darauf hinweisen, daß der Staat durch diese Maßregel von einer Kostenlast für unverhältnißmäßige lange Freiheitsstrafen befreit wird. Auf die Gefangenen hat die Hoffnung auf frühere vorläufige Entlassung einen sittlich fördernden Einfluß und macht sie empfänglicher für eine spätere unbescholtene Existenz. Schließlich wird die Staatsregierung aufgefordert, die Hindernisse zu beseitigen, welche der Ausführung des Strafgesetzes in so greller Weise entgegentreten.

Abg. v. Uechtritz: Für die Entlassung ist nicht nur das Betragen der Gefangenen im Gefängniß maßgebend, sondern sein Vorleben wie seine sonstigen Verhältnisse. Bei dieser Gelegenheit will ich jedoch vor Allem auf die Nothwendigkeit der Prügelstrafe für gewisse Verbrecher resp. Gefangenen hinweisen. Ich gebe ja zu, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen denjenigen, welche z. B. nur ein Preßvergehen begangen haben und denjenigen, welche wegen eines gemeinen Verbrechens, wie Diebstahl, Raub u. s. w. bestraft werden. Für letztere halte ich die körperliche Züchtigung für ein nothwendiges Mittel, wenn die Strafe wirklich ein Uebel sein soll. Ein Breslauer fortschrittliches Blatt hat sich z. B. bitter beklagt vor einiger Zeit über die Milde der Strafrechtspflege, während der hannoversche Provinziallandtag, der von Schlesien und Pommern sich für die Anwendung körperlicher Züchtigung ausgesprochen haben. Auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Schwarze, dessen humanitäre Bestrebungen bekannt sind, hat ausdrücklich die Nothwendigkeit der körperlichen Züchtigung anerkannt. Gerade weil diese Ansicht im Volke einen Wiederhall gefunden hat, wende ich mich an die Staatsregierung mit der Bitte, für die Verschärfung der Strafmittel im Gefängniß gegen ehrlose Verbrecher durch Prügelstrafe, Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot nicht blos auf Tage, sondern auf längere Zeit zu sorgen. Solche Strafen sind durchaus nöthig, damit das Zuchthaus nicht mehr ein wünschenswerther Aufenthalt für Verbrecher sei. Besonders möchte ich bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, durch eine größere Anzahl von Correctionshäusern in Gemäßheit der segensreichen Bestimmungen der §§ 56 und 57 des Strafgesetzbuchs für die Besserung jugendlicher Verbrecher Sorge zu tragen.

Abg. Strosser: Was den Antrag Schmidt (Stettin) betrifft, so habe ich mich schon früher darüber ausgesprochen, man kann jedoch selbst so allgemeine Wahrheiten nicht oft genug wiederholen. Es ist diese Klage schon seit einer Reihe von Jahren von der rheinisch-westfälischen Gefängnißgesellschaft wiederholt worden, welche von der wohlthätigen Einrichtung der vorläufigen Entlassung der Gefangenen fest überzeugt ist. Und wenn man in den ersten 2 Jahren gegenüber den Erfahrungen Englands, Sachsens, Oldenburgs leider viel zu freigebig mit der Entlassung, ist man jetzt zum entgegengesetzten System übergegangen. Der Abg. Schmidt hat den Nachweis geführt, wie seit 1872 die Zahl der Entlassungen immer bedeutender heruntergegangen ist. Dies würde erklärlich sein, wenn die Zahl der Gefangenen seitdem abgenommen hätte, aber gerade das Gegentheil ist der Fall und der Procentsatz für die Entlassung ist ein größerer geworden. Nun könnte man einwenden, die Regierung sei deshalb so streng geworden, um den Verbrechern keinen Anlaß zu geben, die Strafe leicht aufzufassen. Dem würde man zustimmen müssen, wenn die Strafgefängnißdirectoren ihre Anträge auf Entlassung von Gefangenen leichtsinnig stellten. Dies geschieht aber in keiner Weise, es wird zum Beispiel, wenn ein Rückfall vorliegt, niemals ein solcher Antrag gestellt. Durch das Vorgehen des Justizministeriums haben sich diese Anträge vermindert in der letzten Zeit, aber trotzdem wurden sie vom Justizministerium in den wenigsten Fällen genehmigt. Die Regierung beruft sich darauf, daß die Leute schon an sich meistens milde beurtheilt worden sind, aber dann sollten sie die Justizbehörden darauf hinweisen, strenger zu urtheilen. Wenn aber der § 23 des Strafgesetzbuchs dem Gefangenen durch Abkürzung seiner Strafzeit Anlaß zur Besserung geben soll, so muß das Justizministerium dem Rechnung tragen, sonst wäre es besser, diesen Paragraphen zu streichen und höchstens im Begnadigungswege die Strafe zu kürzen.

Wenn z. B., wie in meiner Anstalt, welche 470 Köpfe umfaßt, von 9 Anträgen auf Entlassung von Gefangenen nur 1 genehmigt wird, so heißt das die Wirkung des § 23 St.-G.-B. aufheben, und es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn in allen übrigen deutschen Bundesstaaten so Viele vorläufig beurlaubt werden und nur bei uns in Preußen diese Bestimmung in ihrer Wirkung so beschränkt wird. Das Schlimme ist, daß die Hoffnung der Gefangenen auf Entlassung, welche sie in dem Bestreben der Besserung stärkt, vollständig niedergeschlagen wird, zumal das Justizministerium niemals einen Grund für die Ablehnung angiebt. Es kommt für die Anwendung dieses Paragraphen noch ein Zweckmäßigkeitsgrund hinzu, nämlich bei der Ueberfüllung unserer Gefängnisse dadurch Platz für andere Gefangene zu machen. Ich bitte die Regierung, den § 53 St.-G.-B. zur ausgedehntesten Geltung zu bringen. Den Ausführungen des Abg. v. Uechtritz bezüglich strengerer Strafmittel im Gefängniß stimme ich bei und weise auf das Beispiel von Schweden hin, wo für viele Vergehen und Uebertretungen zwar kurze, aber höchst strenge Strafen, wie 20 Tage bei Wasser und Brod u. s. w. eingeführt sind. Dadurch tritt eine Kostenersparniß ein und wird die Ueberfüllung der Gefängnisse gehindert. Was die Vermehrung der Correctionshäuser für jugendliche Gefangene betrifft, so kann ich mich ebenfalls den Ausführungen des Abg. v. Uechtritz nur anschließen.

Abg. Hansen: Trotz der großen Erfahrung des Abg. Strosser kann ich seiner Ansicht, bezüglich der vorläufigen Entlassung nicht zustimmen. Das Recht der Verwaltungsbehörden, einen Gefangenen vorläufig entlassen zu können, ist ein zweischneidiges Schwert. Die Rücksicht auf die Entlastung des Etats wird zu Gunsten dieser Maßregel im Ernste nicht angeführt werden können. Gegenüber dem weit bedeutsameren Moment der Einwirkung auf die Besserung des Verbrechers weise ich darauf hin, daß jenes Recht vielfach die Heuchelei fördert. Die Gefangenen werden im Hinblick darauf, daß sie bei guter Führung früher entlassen werden können, eine Besserung blos äußerlich an den Tag legen, und erlangen dadurch vielleicht einen Vorzug vor ihren Mitgefangenen. Angenommen ferner, daß die Strafurtheile unserer Gerichte absolut richtig sind, so würde doch durch die vorläufige Entlassung das richterliche Strafmaß herabgemindert, also das volle Gewicht der Urtheile verringert. Ich gestehe offen, daß ich die Prügelstrafe, auch als Sühne einer strafbaren Handlung, keineswegs verwerfe. (Sehr gut, rechts). Ich wünsche, daß die Frage nach der Behandlung der Verbrecher keine Parteifrage bilde. (Zustimmung rechts). Nach welcher Theorie zu strafen sei, ob nach der relativen oder der absoluten, darauf kommt es in der Praxis nicht an. Im praktischen Leben läßt man die Strafrechtstheorien sehr bald fallen. Ich bitte, bei dieser Frage alle Parteirücksichten außer Acht zu lassen und nur die Sache selbst im Auge zu haben. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Die Frage, ob von dem § 23 des Strafgesetzbuches seitens der Staatsregierung ein genügender Gebrauch gemacht wird oder nicht, läßt sich meines Erachtens durch so allgemeine Discussionen nicht lösen. Wir werden zunächst die Gründe der Regierung hören müssen, um unser Urtheil zu fällen. Die Ansicht des Abg. Hansen, daß die vorläufige Entlassung eines Gefangenen eine Correctur des richterlichen Erkenntnisses bedeute, theile ich nicht. Die Abmessung des Strafmaßes und die Beurlaubung eines Strafgefangenen beruhen beide auf demselben Gesetze und es ist sehr wohl denkbar, daß der Richter in vielen Fällen bei der Strafabmessung Rücksicht auf den § 23 des Strafgesetzes nimmt. Ueber die Zweckmäßigkeit des Systems der Beurlaubungen kann man ja streiten, so lange dasselbe aber gesetzlich besteht, muß es auch gehandhabt werden. Um nicht die Deutung zuzulassen, als wollte ich durch diese Bemerkungen aussprechen, daß ich die Bestimmung des § 23 nicht billige, erkläre ich ausdrücklich, daß ich dieselbe auch heute noch in das Strafgesetzbuch aufnehmen würde. Die Frage, wer einer solchen Beurlaubung würdig sei, ist allerdings eine sehr schwierige, und die Gefängnißverwaltungen werden mit ihren Anträgen in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein müssen. Nirgend herrscht so viel Gleißnerei als in den Gefängnissen, und sie zu erkennen ist nicht immer leicht. Immerhin ist es von Interesse, zu constatiren, daß in den andern Staaten ein ausgiebigerer Gebrauch von der Bestimmung des § 23 gemacht wird als in Preußen; ich meine, die Regierung wird sich der Pflicht kaum entziehen können, sich über ihre Gründe hier auszusprechen. Was die Frage betrifft, ob die Prügelstrafe als Disciplinarmittel in Gefängnissen zuzulassen ist, so ist dieselbe nur durch das Strafvollzugsgesetz zu regeln; und ich möchte mir bei dieser Gelegenheit die Anfrage erlauben, in welchem Stadium der Entwurf dieses Gesetzes sich befindet. Interessant war es für mich, zu hören, wie man den Ruf nach Prügelstrafe erhebt und über die zunehmende Rohheit und die Ueberfüllung der Gefängnisse klagt. Seit dem Beginn des Culturkampfes sind erst wenige Jahre vergangen; wenn Sie mit Ihrer Cultur fortfahren, werden Sie noch ganz ande Dinge erleben. Sie fordern Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder und scheinen zu vergessen, daß Sie selbst Diejenigen vertrieben haben, die sich die Erziehung solcher unglücklichen Wesen zur Lebensaufgabe gemacht hatten. Ich bin begierig, ob man mir auch heute wieder entgegenrufen wird: Lieber Verbrecher, als solche Besserung! (Beifall im Centrum.)

Abg. Götting erinnert daran, daß der nordwestdeutsche Gefängnißtag in Hannover, auf welchem eine große Menge erfahrungsreicher Strafanstaltsdirectoren vertreten waren, sich sehr warm für das System der Beurlaubungen ausgesprochen habe. Die Ansicht, daß die wegen Preßvergehen Verurtheilten in den Gefängnissen milder behandelt werden sollen, als die übrigen Gefangenen, theile er durchaus nicht. Eine Beleidigung oder ein Angriff gegen die Staatsgewalt, durch die Presse begangen, sei viel schlimmer als im Privatgespräch verübt. Was die Prügelstrafe betreffe, so könne man sich auf einen Beschluß eines Provinziallandtages doch wahrhaftig nicht berufen. Wenn eine solche Versammlung sich das Recht anmaße, über derartige Dinge zu urtheilen, die ein reifliches Studium erfordern, so müsse man ihr eine solche Befugniß entschieden bestreiten. Die Beurtheilung in der öffentlichen Meinung hänge von wechselnden Tagesstimmungen ab, denen gegenüber man nicht irre werden dürfe an den langjährigen Erfahrungen, welche für eine Beseitigung der Prügelstrafe sprechen. Nur bei der Berathung des Strafvollzugsgesetzes könne diese Frage zur Erledigung gebracht werden, nicht aber durch eine gelegentliche, an eine Position des Etats geknüpfte Discussion. Dasselbe gelte von dem Vorschlag, die Kost der Gefangenen auf Wasser und Brot zu reduciren; obwohl er anerkenne, daß diese Frage der Verköstigung bei kurzen Gefängnißstrafen auch schon vor dem Erlaß des Strafvollzugsgesetzes von der Regierung in Erwägung gezogen werden könne. Das Wichtigste bleibe immer, auf die Erziehung der jugendlichen und die Besserung der entlassenen Verbrecher das Augenmerk zu richten.

Geh. Rath Illing: Die Handhabung des § 23 des Strafgesetzes liegt in den Händen der obersten Justizbehörde; ich bin deshalb, als Vertreter des Ministeriums des Innern, nicht in der Lage, mich über die Gründe auszusprechen, welche zu einer beschränkteren Bewilligung von Urlaubsgesuchen für Strafgefangene geführt haben. Daß die Strafen, namentlich in den Fällen einer kürzeren Dauer, sehr wesentlich von ihrem abschreckenden Charakter verloren haben, läßt sich nicht bestreiten (Hört! rechts), eine Abhilfe wird sich aber nur durch das Strafvollzugsgesetz schaffen lassen, das gegenwärtig in der Reichsinstanz schwebt. Durch dieses Gesetz werden auch alle jene Vorschläge ihre Erledigung finden, welche heute von den verschiedenen Vorrednern bezüglich der Behandlung der Gefangenen gemacht worden sind. Daß sie Gefängnißverwaltung von dem Grundsatz ausgeht, daß der Strafvollzug neben der Besserung auch die Abschreckung im Auge haben soll, ist vom Regierungstisch wiederholt ausgesprochen worden.

Abg. Wehr bemerkt dem Abg. Götting persönlich, daß er auf die Berechtigung der Provinziallandtage, über die Frage der Prügelstrafe ein Urtheil zu fällen, bei der dritten Lesung zurückkommen werde.

Das Capitel wird genehmigt, ebenso die noch restirenden Capitel des Etats (97. Für Wohlthätigkeitszwecke und 98. Allgemeine Ausgaben). Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt. — In Consequenz der früheren Beschlüsse werden darauf auch in den Etats der Bauverwaltung, des Handels- und des Justizministeriums die Functionszulagen für die Vorsteher der Centralbureaus gestrichen.

Die weitere Berathung des Etats wird um 3¾ Uhr auf Dinstag 11 Uhr vertagt.

Berlin, 6. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Unteroffizier Schweizer im 2. Badischen Grenadierregiment Kaiser Wilhelm Nr. 110, dem Gerbermeister Neussel zu Meisenheim, dem Schornsteinfegermeister Rosemann zu Neisse und dem Zimmermann Rittner ebendaselbst die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Hamburgischen Lootsen-Commandeur Krulle zu Cuxhaven den Rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reiches den Kaufmann Johannes Kock in Tamatave zum Consul für die Insel Madagascar ernannt.

Se. Majestät der König hat die Provinzial-Steuer-Directoren, Geheimen Finanz-Räthe Krieger zu Altona und Freusberg zu Köln zu Geheimen Ober-Finanz-Räthen ernannt.

Der bisherige commissarische Kreis-Schulinspector, Rector Eduard Trieschmann in Waldenburg, ist zum Kreis-Schulinspector ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. med. Lewicki zu Stuhm ist zum Kreis-Physikus des Kreises Stuhm ernannt worden. Dem ordentlichen Lehrer an der Kunstakademie zu Düsseldorf, Kupferstecher Ernst Forberg ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Berlin, 6. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm vorgestern den Vortrag des General-Adjutanten von Albedyll entgegen und empfing den Großherzog von Oldenburg, Höchstwelcher, auf der Durchreise nach St. Petersburg hier anwesend, mit Ihren Majestäten um 5 Uhr im Palais dinirte. Gestern wohnte Se. Majestät dem Gottesdienst im Dome bei, nahm militärische Meldungen entgegen und empfing den Geh. Commerzienrath Conrad, der die Orden seines verstorbenen Oheims überreichte. — Heute empfing Se. Majestät Se. Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen und nahm demnächst die Meldung des General-Lieutenants von Wright, Commandeurs der Cavallerie-Division des XV. Armeecorps, sowie den Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths v. Wilmowski entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] empfing vorgestern den Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg und besuchte die Kaiserin-Augustastiftung in Charlottenburg, sowie das Augusta-Hospital.

[Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz] ist heute Nacht um 12¼ Uhr, von Coburg kommend, hier eingetroffen und begab Sich heute früh 10½ Uhr in das Palais zu Ihren Majestäten. (Reichsanz.)

♁ **Berlin**, 6. Decbr. [Herr Stöcker] hat sich auf neue Ausreden besonnen! Während der Judendebatte versprach er Jedem, ohne Umschweife die Namen derer zu nennen, welche ein bis zwölf Mal den Tanz um das goldene Kalb gemacht. Er blieb als der letzte im Hause zurück, um Jedermann Rede zu stehen. Als ihn am Freitag Herr Zelle privatim um die Namen bat, erklärte er, er habe sein Material nicht bei sich! Er versprach indessen, es nachträglich mitzutheilen. Heute hat er dem Abgeordneten Zelle sagen lassen, er wolle die Namen mittheilen, aber unter der Bedingung, daß Herr Zelle sie weder im Hause noch in der Presse mittheile. Von diesem Vorbehalt war bis dahin mit keinem Wort die Rede gewesen. Herr Zelle erwiderte, er werde die Namen, sobald er sie wisse, sowohl im Hause als in der Presse mittheilen. Der conservative Abgeordnete, welcher diesen Verkehr vermittelte, billigte diese Antwort durchaus. Die Conservativen fangen an, über Herrn Stöcker unruhig zu werden.

= **Berlin**, 6. Decbr. [Zur Vermählung des Prinzen Wilhelm. — Die Stöcker'sche Petition und die Studentenschaft.] Der Tag der Vermählung des Prinzen Wilhelm ist endgiltig noch nicht festgestellt und nur die letzte Februarwoche dafür vorläufig in Aussicht genommen. Die deutschen Höfe werden dabei, nach Allem was man bis jetzt hört, nicht zu zahlreich vertreten sein. Erwartet werden die nächsten Verwandten des Hofes und namentlich der kronprinzlichen Familie, die Großherzoge von Baden, von Hessen und von Oldenburg, sowie der Herzog von Coburg. Von fremden Höfen wird der großbritannische durch mehrere Mitglieder vertreten sein; ob auch die Königin von Großbritannien der Hochzeit ihres ältesten Enkels beiwohnen wird, gilt als mehr denn zweifelhaft, obschon bereits vor längerer Zeit bestimmte Mittheilungen darüber von hier an Wiener Blätter ergangen waren. — Wie wir bereits gemeldet haben, ist seitens eines Theiles der hiesigen Studentenschaft eine Erklärung gegen

die Colportage der Stöcker'schen Judenhetzpetition vereinbart worden. Eine Deputation der Unterzeichner hat nunmehr diese Erklärung dem Rector der Universität, Professor Hofmann, überreicht. Derselbe hat die Deputation ungemein herzlich empfangen und ausgesprochen, daß sich die Unterzeichner der Erklärung zu dem gethanen Schritt Glück wünschen dürften. Der Rector versprach, sich mit dem Senat in Verbindung zu setzen, um die Erlaubniß zu erwirken, der Erklärung durch Anschlag an das schwarze Brett Verbreitung zu verschaffen. Im Großen und Ganzen hat eine ruhige und besonnene Stimmung der Erregung Platz gemacht, welche in hiesigen studentischen Kreisen hervorzurufen den Führern der hiesigen Judenhetze gelungen war. Es steht notorisch fest, daß die berüchtigte Stöcker'sche Petition von hiesigen Studenten überwiegend zurückgewiesen ist.

[Die Seifenblase des Steuererlasses! — im Platzen.] „Zur Kenntnißnahme" bringt die Kreuzzeitung folgende Notiz: „Vertrauliche Besprechungen, die am Freitag zwischen conservativen und einigen nationalliberalen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses stattgefunden haben, bezweckten ein gegenseitiges Einverständniß über den Steuernachlaß von 14 Millionen Mark. Es soll versucht werden, für eine ganz bestimmte Position zu dieser wichtigen Etatsfrage eine gesicherte Majorität rechtzeitig zu Stande zu bringen. Die Geneigtheit zu eventuellem Verzicht auf den Steuererlaß scheint in letzter Zeit stärker hervorgetreten zu sein, und sollte der Finanzverwaltung daran liegen, den Etat anderweitig zu regeln, so darf ihr die 14 Millionen verbleiben, so würde sie auf diesseitiges Entgegenkommen rechnen dürfen." Die Kreuzzeitung fügt hinzu: Nach unserer Information ist der Gedanke eines principiellen Steuer-Erlasses in keiner Weise aufgegeben, wenn auch eine etwaige Erhöhung der Matricularbeiträge im Reiche das Bild im einzelnen zur Zeit verändern kann. Von vertraulichen Besprechungen zwischen den Parteien ist bisher nichts bekannt geworden.

⊙ Dresden, 6. Decbr. [Dresdens Bevölkerung.] Durch die am 1. December abgehaltene Volkszählung ist vorläufig festgestellt worden, daß am genannten Tage die Hauptstadt Sachsens eine ortsanwesende Bevölkerung von **220,216** Personen (105,572 männlichen und 114,644 weiblichen Geschlechts) besaß. Da dies 22,921 mehr Personen sind als bei der letzten Zählung im Jahre 1875, so hat Dresden seit derselben im Durchschnitt jährlich 4584 Bewohner oder 2,3 pCt. als Zuwachs erhalten. Diese Bevölkerungszunahme ist eine geringere als in den Jahren 1867 bis 1875 zu beobachten war, denn von 1867 bis 1871 betrug die 3,39 und von 1871 bis 1875 2,86 pCt., während in den letzten fünf Jahren die Bevölkerungsziffer nur in dem Maße gestiegen ist wie in der dreijährigen Periode von 1864 bis 1867. Da in unserer Stadt vom 1. December 1875 bis 30. November 1880 rund 12,440 Personen mehr geboren als gestorben sind, so hat derselben der örtliche Wechsel der Bevölkerung im ganzen 10,480 oder jährlich gegen 2100 Bewohner mehr zu als weggeführt: für die Zeit von 1871 bis 1875 konnte dagegen die jährliche Mehreinwanderung auf 3300 Köpfe veranschlagt werden.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 4. Decbr. [Der Senat. — Das Budget. — Der Bischof von Valence. — Fürst Hohenlohe. — Essed Bey. — Frau Thiers. — Gambetta's Reden und politische Plaidoyers. — Expedition nach dem Sudan. — Das „Evenement Parisien."] Der Senat hat auch in diesem Jahre mit dem Budget wenig Umstände gemacht. Die Discussion ist gestern schon zu Ende geführt worden und bis zum Schlusse erstreckte dieselbe sich fast nur auf Gegenstände, die mit dem Budget in gar keinem oder nur in sehr lockerem Zusammenhang stehen. Die Rechte hat einfach die Gelegenheit benutzt, ein wenig ihren Verdruß an dem Ministerium auszulassen, und um die einzelnen Budgetcapitel hat sie sich dabei nicht gekümmert. So kritisirte auch gestern der ehemalige Minister Caillaux nicht einen bestimmten Theil des Budgets des Arbeitsministeriums, sondern dies Budget im Großen und Ganzen, indem er selbst dessen Aufrichtigkeit in Zweifel stellte. Der Arbeitsminister Sadi Carnot diente ihm mit einer sehr präcisen Antwort, welche zur Linken großen Beifall hervorrief. Mit weniger Präcision antwortete er auf eine Anfrage des Senators Lafont de Saint-Mür betreffs der Durchstechung des Simplon. Die Regierung werde binnen einiger Zeit den Kammern drei verschiedene Vorschläge zur Auswahl unterbreiten. Mehr könne er darüber jetzt nicht sagen. Wie gestern schon John Lemoinne in den „Debats", so beklagt heute die „République Française", daß es bei den Debatten über die auswärtige Politik der Regierung in beiden Kammern nicht ganz so zugegangen, wie es wohl die Würde des Landes erheischt hätte. Jedoch nimmt das Organ Gambetta's die Sache viel tragischer als der witzige Redacteur der „Debats". Man behauetet immer, daß Angesichts des Auslandes die Parteiunterschiede verschwinden; aber, meint die „République" entrüstet, es hat sich herausgestellt, daß dem keineswegs so ist und daß die verschiedenen Parteien einander auf diesem Terrain beinahe heftiger befehden als auf dem Gebiet der innern Politik. Freilich will Frankreich den Frieden und dieser wird immer erhalten bleiben, aber es will nicht einen schmählichen Frieden, mit dem so Viele sich begnügen möchten. — Der Bischof von Valence ist gestern von der Zuchtpolizeikammer des Appellhofes freigesprochen worden. In dem Urtheil wird zwar anerkannt, daß der Prälat den Minister des Innern und dessen Unterstaatssecretär beleidigt habe, aber es wird nicht als erwiesen betrachtet, daß diese Beleidigung eine absichtliche gewesen. Es waren im Gerichtssaale viele Geistliche anwesend, die mit großem Jubel den Bischof zu seiner Freisprechung beglückwünschten. Von den reactionären Blättern ebenfalls wird natürlich dies Urtheil als eine Niederlage der Regierung mit Freuden begrüßt. Die radicale Presse ihrerseits ist sehr ungehalten und sie ist es auch deshalb, weil das Ministerium auf die gerichtliche Verfolgung des Pater Montsabré verzichtet hat. Wenn ein Intransigent, so behaupten die intransigenten Blätter, nur die Hälfte von dem gesagt hätte, was der Pater Montsabré sich zu sagen erlaubt hat, so wäre er längst vor Gericht beschieden worden. — Fürst Hohenlohe hat gestern seine officiellen Besuche gemacht. Er war bei dem Präsidenten der Republik, bei dem Conseilpräsidenten Jules Ferry, den er aber nicht zu Hause traf, und bei Barthélemy Saint-Hilaire, mit dem er eine lange und, wie man sagt, sehr freundschaftliche Unterredung hatte. Es war dies das erste Mal, daß die beiden Staatsmänner einander in officieller Eigenschaft begegneten. — Der neue türkische Botschafter Essed-Bey, der ebenfalls vorgestern hier eingetroffen, ist unwohl und hat noch Niemanden aufgesucht. Der japanesische Gesandte Shamashima ist in Folge einer vernachlässigten Erkältung so bedenklich erkrankt, daß die Aerzte ihn beinahe aufgegeben haben. Auch Frau Thiers macht den Aerzten große Sorge. Obgleich man den Charakter ihres Leidens bisher nicht festgestellt hat, so geht es doch mit den Kräften der Patientin immer mehr abwärts und ihre Umgebung befürchtet einen schlimmen Ausgang. — Bei dem Verleger Charpentier erscheint demnächst eine Gesammtausgabe der Reden und politischen Plädoyers Gambettas. Sie wird nicht weniger als 7 Bände umfassen. — Der „National" veröffentlichte letzter Tage einen höchst interessanten Bericht über die von Seite der französischen Regierung eingeleitete militärische und geographische Expedition, die zum Ziele hat, mittelst einer Eisenbahn die französischen Besitzungen am Senegal mit dem Nigerbecken und weiter mit dem Sudan in definitive Verbindung zu bringen. Es handelt sich darum, den inneren Handel Centralafrika's an die Küste zu leiten, den Producten der französischen Industrie ein großes Absatzgebiet zu öffnen und in diese fernen Gegenden der Civilisation Eingang zu verschaffen durch Erbauung oder Benützung von Straßen, die eine schnelle, immer gangbar und sichere Verbindung gewähren. Am 5. October haben sich die Befehlshaber der Expedition, Derbordes und Derrieu, mit ihren Offizieren und einer genügenden Zahl von Marinetruppen und Arbeitern in Bordeaux nach Saint-Louis eingeschifft. Von da fahren dieselben den Senegal hinauf bis Medina und marschiren hierauf zu Lande bis Boufalu, 300 Meilen von der Küste, wo das erste Fort errichtet und von wo die Expedition ihre Erforschungsreise antreten wird. Ist der Niger erreicht und die Eisenbahn fertig, so wird man leicht nach Tombuktu gelangen, indem man den Fluß auf gut armirten Kanonenbooten abwärts fährt; man wird dort eine Handelsstation errichten können, die mit Centralafrika den Verkehr unterhalten und den Erforschern, die von allen Seiten in den afrikanischen Continent zu dringen suchen, als Stützpunkt dienen wird. — Die heutige Nummer des „Evénement Parisien" ist wegen obscöner Zeichnungen frühzeitig in der Druckerei polizeilich mit Beschlag belegt und die Thüren dort versiegelt worden. Gleichzeitig fand bei dem Hauptverkäufer des Journals und weiter bei dem Chefredacteur, dem bekannten Pornographen Emile Blain, eine Hausuntersuchung statt. Doch war schon ein Theil der Auflage in den Verkauf und an die Abonnenten zur Expedition gelangt. Die Behörde ist höherer Weisung zufolge gesonnen, mit der größten Strenge vorzugehen und werdender Director Blaitn, sowie der Gerant gerichtlich verfolgt.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 6. December. [Börse.] Die reservirte Haltung, welche den Sonnabendverkehr beherrschte, hat sich auf die begonnene Woche übertragen. Besondere Momente, welche die Speculation zu einer Aenderung ihrer Position hätten veranlassen können, lagen nicht vor; die gestrigen Privatbörsen haben zwar eine günstige Tendenz bewahrt, zeigen aber in den Coursnotirungen so geringe Abweichungen gegen Sonnabend, daß eine Lebhaftigkeit des Geschäftsverkehrs fast ausgeschlossen erscheint. Auch der Verlauf der heutigen Wiener Frühbörse bot, obgleich von dort Credit 287,30 gegen 286,70 von gestern gemeldet wurden, keinerlei Anregung. Der Verkehr entwickelte sich hier deshalb in recht schwerfälliger Weise, die Tendenz ist zwar nicht als matt zu bezeichnen, die Course tendirten aber nach unten und würden größere Abschläge erfahren haben, wenn nicht die Verkäufer sich sehr zurückhaltend gezeigt hätten. Kein einziges Gebiet bot ein reges Bild, Geschäftsstille dominirte allüberall, so daß wirklich gehandelte Course nur mühsam zu eruiren waren. Creditactien, anfangs zu 496½ umgesetzt, gaben in der ersten Viertelstunde bis 495½ nach, ohne daß nennenswerthe Abschlüsse in denselben stattgefunden hätten. Von Franzosen und Lombarden war kaum die Rede. Oesterreichische Renten konnten ihren letzten Standpunkt bei ziemlich fester Tendenz behaupten, Umsätze kamen fast nur in Papierrente und Ungarischer Goldrente vor. Für Russische Fonds war kein Interesse mehr zu bemerken, zu Sonnabendpreisen herrschte größeres Angebot in denselben, dagegen waren Noten recht fest. In Oesterreichischen Nebenbahnen war es heute etwas bewegter als in den Vortagen, Nordwestbahn und Bömische Westbahn hatten ziemlich rege Nachfrage aufzuweisen, dagen mußten Duxer nachgeben. Elbethalbahn avancirten bei gutem Verkehr um 6 M. Von den inländischen Bahnen zeigte sich nicht ein Papier als bevorzugt, das ganze Gebiet lag verödet und bewegungslos. Die gute Meinung für Banken blieb auch heute bestehen, kam aber weniger in der Größe der Abschlüsse, als in der Conservirung des letzten Coursstandes zum Ausdruck. Auch Montanwerthe waren fest, mußten aber unter dem Drucke der Geschäftslosigkeit circa ½% abgeben. Der Geschäftsgang blieb auch im weiteren Verlaufe ein träger. Bahnen und Banken behaupteten feste Disposition, Montanwerthe gaben dagegen weiter ¼—½% nach. Auch russische Fonds gingen auf das bisher unbeglaubigte Gerücht von einem erneuerten Ausbruche der Rinderpest weiter zurück, die internationalen Spielwerthe blieben bewegungslos. Elbethalbahn mußten in Folge von größeren Abgaben Seitens der Wiener Arbitrage einen Theil ihrer Avance wieder aufgeben. Der Geldstand zeigte sich recht flüssig, Privatdisconten derjenigen Qualität, welche zur Zeit verlangt wird und à 3% placirbar wären fehlen gänzlich. Zum Schluß trat eine generelle Befestigung ein, von der namentich Bergische, Mainzer und russische Noten profitirten.

Course um 2½ Uhr: Fest. Credit 497,00, Lombarden 164,00, Franzosen 487,00, Reichsbank 147,70, Disc.-Comm. 181,50, Handels-Gesellschaft —,—, Laurahütte 121,12, Türken 12,90, Italiener 86,37, Oesterreichische Goldrente 74,75, Ungarische Goldrente 93,75, Dortmunder Union 86,75, Oesterreichische Silberrente 62,75, do. Papierrente 62,25, 5proc. Russen 92,62, Köln-Mindener —, —, Rheinische —, —, Bergische 117,00, Rumänische Rente 91,25, Russische Noten 208,00, II. Orient-Anleihe 58,25, do. III. 58,75.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberr.-Coup. 171,70 bez., do. Eisenbahn-Coupon 171,70 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,195 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,195 bez., do. Papier-Dollar 4,195 bez., 6% New-York-City 4,195 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,45—47 bez., 1822er Russen —, —, Große Russ. Staatsbahn —, — bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,34 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 6. Dec., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 40. Pariser Wechsel 80, 75. Wiener Wechsel 172, 05. Köln-Mindener Stamm-Actien 148⅝. Rheinische Stammactien 159. Hessische Ludwigsbahn 97½. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130¼. Reichsanleihe 100¼. Reichsbank 147⅞. Darmstädter Bank 154⅛ Meininger Bank 98¾. Oesterr.-Ungarische Bank 710, 50. Creditactien*) 246¼. Silberrente 62⅞. Papierrente 62⅛. Goldrente 74⅞. Ungarische Goldrente 93¾. 1860er Loose 123⅛. 1864er Loose 316, 80. Ungarische Staatsloose 220, 70. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 85¼. Böhmische Westbahn 213½. Elisabethbahn 176. Nordwestbahn 161¾. Galizier 239¼. Franzosen*) 241¾. Lombarden*) 82. Italiener — —. 1877er Russen 92½. 1880er Russen 71¾. II. Orientanleihe 58¼. Central-Pacific 111½. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discont — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 246¾. Franzosen 241¾. Galizier —, —. Lombarden 82⅝. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —, —. II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —. Oesterr.-Ungar. Bank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 6. Dec., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 100, Hamburger St.-Pr.-A. 124, Silberrente 62¾, Oest. Goldrente 74¾, Ung. Goldrente 94, Credit-Actien 246¼, 1860er Loose 123⅝, Franzosen 606, Lombarden 205, Italien. Rente 86, 1877er Russen 92⅝, II. Orient-Anl. 56⅛, Vereinsbank 119, Laurahütte 121, Nordd. 168¾, Commerzbank 124, Anglo-deutsche 76½, 5% Amerikanische 94, Rhein. Eisenbahn 158¾, do. junge 152½, Berg.-Märk. do. 117, Berlin-Hamburg do. 231. Altona-Kiel do. 158¾. Disconto 3⅛ %. Fest, aber still.

Hamburg, 6. Dec., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per December 207 Br., 205 Gd., pr. April-Mai 214 Br., 213 Gd. Roggen pr. December 200 Br., 199 Gd., pr. April-Mai 193 Br., 192 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl still, loco 55½, pr. Mai 56. Spiritus flau. per December 48½ Br., per Januar-Februar 48½ Br., per Februar-März 48½ Br., per April-Mai 48½ Br. Kaffee flau, Umsatz gering. Petroleum fest, Standard white loco 9, 30 Br., 9, 20 Gd., pr. December 9, 20 Gd., pr. Januar-März 8, 70 Gd. — Wetter: Naß.

(W. T. B.) **Paris**, 6. Dec., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 119, 05. Türken 12, 65. Neue Egyptier 345, —. Banque ottomane —, —. Italiener —, —. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 95⅞. Spanier exter. —, —, inter. —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. 1877er Russen —, —. Türkenloose 40, 75. Türken 1873 —, —. Amortisirbare —, —. Orient-Anleihe —, —. Pariser Bank —. Fest.

Liverpool, 6. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 9000 Ballen amerikanische. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 6 13/16 D.

Liverpool, 6. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 25/32, Februar-März-Lieferung 6 27/32 D.

Pest, 6. Decbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine weichend, pr. Frühjahr 11, 82 Gd., 11, 87 Br., per Herbst 10, 60 Gd., 10, 70 Br. — Hafer per Frühjahr 6, 30 Gd., 6, 35 Br. — Mais per Mai-Juni 6, 15 Gd., 6, 17 Br. — Kohlraps 12½. — Wetter: Milde.

Paris, 6. Decbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per December 29, 25, pr. Januar 29, 00, pr. Januar-April 28, 50, per März-Juni 28, 30. Roggen ruhig, per December 23, 10, per März-Juni 22, 50. Mehl fest, per December 65, 00, per Januar 62, 75, per Januar-April 61, 50, per März-Juni 60, 50. Rüböl ruhig, per December 75, 00, per Januar 75, 25, per Januar-April 75, 75, per Mai-August 76, 00. Spiritus ruhig, per Decbr. 60, 25, per Januar 60, 50, per Januar-April 60, 75, per Mai-August 60, 25. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 6. December, Nachmittags. Rohzucker 88° ruhig, loco 53, 75. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. per December 61, 80, per Januar 62, 00, per Jan.-April 62, 62.

London, 6. Decbr., Nachm. Havannazucker Nr. 12 23½. Matt.

Amsterdam, 6. Decbr., Nachm. Bancazinn 55¾.

Antwerpen, 6. December. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen flau. Hafer fest. Gerste —.

Antwerpen, 6. Dec., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 25¼ bez., 25½ Br., per Januar 24¾ bez., 25 Br., per Januar-März 24 Br. Steigend.

Bremen, 6. Decbr., Nachmittags. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 25 bez., per Januar-März 9, 55 bez., per August-December 10, 25.

Berlin, 6. December. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist heute mild bei fast ununterbrochenem Nebelregen. Im Getreidehandel ist flaue Stimmung wieder ganz entschieden zur Herrschaft gelangt. Das Angebot von Roggen hat zwar nicht viel zugenommen, aber es fehlten die Käufer für Termine doch recht sehr, so daß ansehnliche Concessionen seitens der Verkäufer gemacht werden mußten, um einigen Umsatz zu ermöglichen. Der Absatz für Waare hat sich auch nicht gebessert, obschon Eigner zum Nachlaß im Preise bereit waren. — Roggenmehl etwas niedriger. — Weizen flaute merklich, Preise haben sich nicht unerheblich verschlechtert. — Hafer loco schwer verkäuflich, Termine billiger erlassen. — Rüböl fest und neuerdings etwas besser bezahlt, doch nur wenig belebt. — Petroleum etwas höher. — Spiritus wurde eine Kleinigkeit billiger verkauft, war zuletzt doch aber zu der Preisermäßigung leichter zu verkaufen als zu beschaffen.

Weizen loco 183—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber — Mark ab Bahn bez., defecter — Mark bez., do. klammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., geringer weiß polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkischer — Mark ab Bahn bez., per December 208—206 Mark bez., per December-Januar — M. bez., per April-Mai 213½—212½ M. bez., per Mai-Juni 214—213 M. bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 107½ Mark. — Roggen loco 211 bis 217 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — Mark ab Bahn bez., inländ. 212—213 M. ab Bahn und Kahn bez., hochfeiner inländ. — Mark ab Bahn bez., polnischer mit etwas Geruch — Mark ab Kahn bez., russischer — Mark ab Bahn bez., neu fein weiß galiz. — M. ab Bahn bez., per December 212—210¼ bis 211 M. bez., per December-Januar 210½—209½—210 Mark bez., per April-Mai 202—201¾—201¼—200½ M. bez., per Mai-Juni 198 bis 198½—197 M. bez., per Juni-Juli 191—191½—190 M. bez. Gek.t 9000 Ctr. Kündigungspreis 211 Mark. — Gerste loco 145 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 146 bis 168 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 148 bis 153 M. bez., russischer 146—150 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 152 bis 154 M. bez., schlesischer 146 bis 152 Mark bez., böhmischer 146—152 Mark bez., fein weiß russ. — M. bez., neumärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburgischer 157 bis 158 Mark ab Bahn bez., per December 149 Mark bez., per December-Januar — Mark bez., per April-Mai 151½—150½ M. bez., per Mai-Juni 151½—151 M. bez. Gekündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 149 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: — Mark, Nr. 0: 30,00 bis 29,00 M., Nr. 0 und 1: 29,00 bis 28,00 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 30,50 bis 29,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 29,00—28,00 Br. Mark. — Mais loco 142—146 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — M. bez., amerikanischer — M. ab Kahn bez., neuen ungarischen — M. ab Bahn bez., per December 142½ M. nom., per Januar 144 M. nom., per April-Mai 138 M. nom., per Mai-Juni 135½ M. nom. Gekündigt — 1000 Ctr. Kündigungspreis 142 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per December 28,60 bis 28,50 M. bez., per December-Januar 28,60—28,50 M. bez., per Januar-Februar 28,65—28,55 Mark bez., per Februar-März 28,65—28,55 M. bez., per April-Mai 28,60—28,50 Mark bez., per Mai-Juni 28,40 bis 28,20 M. bez. Gekündigt 1500 Ctr. Kündigungspreis 28,50 M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 55,7 M. bez., ohne Faß 55,4 M. bez., per December 55,6 M. bez., per December-Januar 55,6 M. bez., per Januar-Februar — Mark bez., per April-Mai 57,2—57 Mark bez., per Mai-Juni 57,5 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 29,5 Mark bez., per December 28,6 M. bez., per December-Januar 28,6 M. bez., per Januar — M. bez., per Januar-Februar 28,6 M. bez., per Februar-März — M. bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 27 M. bez. Gekündigt 700 Ctr. Kündigungspreis 28,6 Mark.

Spiritus loco ohne Faß 56,2 Mark bez., per December 55,7 bis 55,5 bis 55,6 Mark bez., per December-Januar 55,6—55,5 Mark bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 56,7—56,6 M. bez., per Mai-Juni 56,8 M. bez., per Juni-Juli 57,7—57,6 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

London, 6. Decbr. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 27. November bis 3. December: engl. Weizen 3977, fremder 77,584, engl. Gerste 2598, fremde 37,771, engl. Malzgerste 16,802, engl. Hafer 978, fremder 77,625 Qurts. Engl. Mehl 21,859, fremdes 14,156 Sack und 4216 Faß.

⊕ **Breslau**, 7. Dec., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise preishaltend.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,50 bis 21,50—22,00 Mark, gelber 18,40—20,40 bis 21,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwachem Angebot sehr fest, per 100 Kilogr. 19,80 bis 20,30 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 15,00—16,00 Mark, weiße 16,50 bis 17,00 Mark.

Hafer preishaltend, per 100 Kilogr. 12,80—13,80—14,40 bis 15,00 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 14,00—14,50—14,80 M.

Erbsen in matter Stimmung, per 100 Klgr. 17,50—18,50—20,00 Mark, Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 19,00—20,00—20,50 Mark.

Lupinen mehr angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,40—9,80—10,20 Mark, blaue 9,20—9,60—10,00 Mark.

Wicken behauptet, per 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten sehr fest.

Schlaglein nur feine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	24	50	23	75	22	50
Winterrübsen	23	75	23	—	22	—
Sommerrübsen	23	75	23	—	22	—
Leindotter	22	50	21	75	21	—

Rapskuchen gut behauptet, 50 Kilogr. 7,00—7,30 Mark, fremde 6,50 bis 7,00 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleesamen ohne Aenderung, rother feine Qualitäten gut verkäuflich, pr. 50 Kilogr. 32—36—39—44 Mark, hochfeiner über Notiz, weißer sehr fest, 42—55—60—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee nominell, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee behauptet, per 50 Kilogr. 20—23—25 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25—30,75 Mark, Roggen fein 31—31,75 Mark, Hausbacken 29,75—30,75 Mark. Roggen-Futtermehl 11—12 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—24,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 6. December 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,10 G
Consolidirte Anleihe	4½	105,05 bz
do. do. 1876	4	100,10 bz
Staats-Anleihe	4	100,00 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	98,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	148,70 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,50 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	108,10 G
Pommersche	3½	89,20 G
do.	4	98,20 bz
do	4½	102,75 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	99,20 G
Schlesische	3½	—
Ldschaftl. Central	4	98,90 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99,75 G
Pommersche	4	99,50 G
Posensche	4	99,40 B
Preussische	4	99,70 B
Westfäl. u. Rhein.	4	100,20 bz
Sächsische	4	100,00 B
Schlesische	4	100,00 B
Badische Präm.-Anl.	4	133,00 bzG
Baierische Präm.-Anl.	4	136,50 B
do. Anl. v. 1875	4	100,00 G
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	130,30 bz
Sächs. Rente von 1876	3	77,60 bzG

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,80 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,25 B
do. do.	5	101,40 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	101,50 bzG
do. do. do.	5	100,10 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	105,90 bz
do. rückzb. à 110	5	111,75 bzG
do. do. do.	4½	103,40 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	107,50 bz
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,25 B
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	96,80 bzG
do. do. Pfandbr.	5	99,50 G
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,75 G
do. do. II. Em.	5	101,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	118,90 bz
do. do. II. Em.	5	117,00 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	106,00 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,75 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	122,00 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	100,30 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,70 G
do. do.	4½	103,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb	5	103,25 bzG
do. do.	4½	101,40 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	62,80 bz
do. (1/4. 1/10.)		62,90 bz
do. Goldrente	4	75,00 bz
do. Papierrente	4⅕	62,40-30 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	123,40 bzG
do. Credit-Loose	fr.	353,75 B
do. 64er Loose	fr.	308,50 B
Russ. Präm. Anl. v. 64	5	143,00 bz
do. do. 1866	5	138,90 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	59,60 bz
do. II. do. v. 1878	5	58,25 bz
do. III. do. v. 1879	5	58,75 bzG
do. Engl. v. 1871	5	89,90 bz
do. do. v. 1872	5	89,90 bz
do. Anleihe 1877	5	92,70 bz
do. do. 1880	4	71,90 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	81,60 bzB
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,90 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	62,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	55,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. 1 J r. 99,10 bz
do. 5% Anleihe	5	99,60 G
Ital. 5% Anleihe	5	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	92,60 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Rumän. Staats-Obligat.	6	91,50 etbzB
Türkische Anleihe	fr.	12,90 bz
Ungar. Goldrente	6	94 et-93,90 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	221,50 bzG
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	89,80 bz

Finnische 10 Thlr.-Loose 50,00 bz
Türken-Loose 33,75 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	102,45 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	90,60 B
do. do. VI.	4½	103,30 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	102,20 bzG
Berlin-Görlitz conv.	4½	102,50 G
do. ... B.	4½	101,00 bzG
do. Lit. C.	4½	100,90 B
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	102,00 bzG
do. do. G.	4½	102,00 bzG
do. do. H.	4½	102,00 bzG
do. do. J.	4½	102,00 bzG
do. do. K.	4½	102,05 bzG
do. von 1876	5	105,50 bzG
Breslau-Warschauer	5	102,65 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,50 B
do. .. Lit. B.	4½	101,80 G
do. .... IV.	4	99,70 bzG
do. .... V.	4	99,70 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	103,20 B
Märkisch-Posener	4½	102,00 G
Niederschles.-Märk. I.	4	99,60 G
do. do. II.	4	99,00 bz
do. Obl. I. u. II.	4	98,75 B
do. Obl. III.	4	99,75 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	99,10 G
do. D.	4	99,10 G
do. E.	3½	91,50 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,90 bz
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	102,25 G
do. von 1879	4½	104,90 G
do. von 1880	4½	103,20 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	98,50 G
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,00 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	105,00 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	95,50 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Charkow-Krement. gar.	5	93,90 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar.	5	101,00 bzB
Dux-Bodenbach	5	84,20 bz
do. II. Em.	5	82,10 bz
Prag-Dux	fr.	50,30 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	89,25 G
do. do. neue	5	88,00 etbzB
Kaschau-Oderberg	5	76,50 bzG
do. Gold.-Prior.	5	90,25 bzG
Ung. Nordostbahn	5	72,10 bzG
Ung. Ostbahn	5	76,25 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	78,40 etbzG
do. do. II.	5	82,40 G
do. do. III.	5	78,25 G
do. do. IV.	5	76,90 bzG
Mährische Grenzbahn	5	64,80 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	29,50 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	82,30 etbzG
Oesterr.-Französische	3	376,50 B
do. do. II.	3	367,25 bz
do. südl. Staatsbahn	3	270,90 bzG
do. neue	3	270,75 bzG
do. Obligationen	5	94,90 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	94,10 bzG
Warschau-Wien II.	5	103,10 bzG
do. III.	5	102,20 bz
do. IV.	5	101,75 bz
do. V.	5	101,30 G
do. VI.	5	101,30 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,35 bz
do. do.	2 M.	3	167,55 bz
London 1 Lstr.	8 T.	2½	20,395 bz
do. do.	3 M.	2½	20,30 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,75 bz
do. do.	2 M.	3½	80,35 bz
Petersburg 100 SR.	3 W.	6	206,80 bz
do. do.	3 M.	6	204,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	207,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,15 bz
do. do.	2 M.	4	171,30 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 239,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose 175,60 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 98,60 etbzB
Oldenburger Loose 151,75 bz

Ducaten — —	Dollar 4,205 bz
Sover. 20,33 G	Oest. Bkn. 172,45 bz
Napoleon 16,19 bz	do. Silbergd — —
Imperials 16,68 G	Russ. Bkn. 207,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht	½	¾	4	29,00 bzG
Berg-Märkische	4	4¼	4	116,75 bz
Berlin-Anhalt	5	5	4	126,75 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	19,75 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	21,00 bzG
Berlin-Hamburg	10½	12 2/9	4	231,00 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,30 bzG
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	114,80 bzG
Böhm. Westbahn	5¾	6	5	106,50 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	4¾	4	110,25 bzG
Cöln-Minden	6,3	6	4	148,40 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	92,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,216	7,738	4	119,90 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	21,30 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	56,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	71,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	204,00 G
Märk.-Posener	0	0	4	27,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	6	4	149,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	4	4	97,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	99,60 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	9 3/5	3½	203,00 bz
do. B.	8½	9 3/5	3½	165,90 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	487,00-86,50
Oest. Nordwestb.	4	4	5	323,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	163,00-64,00
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	48,00 bzB
Rechte-O.-U.-B.	7	7 8/10	4	153,60 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	60,40 bz
Rheinische	7	7	4	159,00 bzG
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,00 bzB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	20,25 G
Rumän. Eisenbahn	3	3 3/5	4	54,20 B
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,25 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102,20 G
Thüringer Lit. A.	8	8½	4	179,30 bz
Warschau-Wien	9,185	11 2/3	4	267,00 bzB
Weimar-Gera	4½	4½	4½	56,10 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	55,00 bzG
Berlin-Görlitzer	1	3 1/3	5	81,50 bzG
Breslau-Warschau	3	0	5	37,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	3½	5	96,25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	45,25 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	101,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	85,3[illegible]
do. Lit. C.	5	5	5	122,65 bzG
Marienburg-Mlawa	5	5	5	88,40 G
Ostpr. Südbahn	5	5	5	94,40 bz
Posen-Kreuzburg	2¾	2¾	5	69,30 bz
Rechte-O.-U.-B.	7	7 8/10	5	150,75 bzG
Rumänier	8	8	8	— —
Saal-Bahn	0	0	5	52,90 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	33,25 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	71,25 G
Berl. Kassen-Ver.	8 9/25	8 9/10	4	171,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	106,50 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4½	4	80,90 bz
Braunschw. Bank	4½	4½	4	90,40 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	3	6½	4	97,00 bzB
Bresl. Wechslerb.	5 2/3	6	4	101,85 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	90,40 bzG
Danziger Priv.-Bk.	5½	5	4	114,60 G
Darmst. Creditbk.	6¾	9½	4	154,30 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5 1/6	4	106,50 G
Dessauer Landesb.	8½	6½	4	118,50 bzG
Deutsche Bank	6½	9	4	149,75 bz
do. Reichsbank	6,3	6	4½	147,70 etbzG
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	91,00 B
Disc.-Comm.-Anth.	6½	10	4	181,00 bz
do. ult.	6½	10	4	181,40-81,50
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	117,00 bzG
do. junge	5½	7	4	113,25 bzG
Goth. Grundcredb.	5	5	4	89,50 G
do. junge	5	5	4	92,30 bzG
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5½	4 1/5	4	102,50 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5	5	4	89,00 B
Ldw.-B. Kwilecki	4 2/3	4 2/3	4	72,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6 2/3	10	4	152,75 bzG
Luxemburg. Bank	7½	10	4	144,00 bzG
Magdeburger do.	6 3/10	5 1/5	4	113,75 bz
Meininger do.	2½	0	4	98,50 bz
Nordd. Bank	8 4/5	10	4	170,00 B
Nordd. Grundcr.-B.	0	0	4	44,75 B
Oberlausitzer Bk.	4	4 2/3	4	87,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	8¾	11¼	4	496,50-497,00
Posener Pro.-Bank	4	7	4	116,50 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	6	4	94,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	8½	8½	4	135,00 bzB
Sächs. Bank	5¾	6	4	118,75 bzG
Schl. Bank-Verein	5	6	4	108,75 bzG
Wiener Unionsbk.	5	6	4	195,00 G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	19,50 G
Thüringer Bank	—	—	fr.	129 B

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	6,00 bzB
Märk.-Sch. Masch G	0	6	4	28,00 bzG
Nordd. Gummifab.	4	1½	4	39,00 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	3	4	85,50 bzG
Schles. Feuervers.	21	22	fr.	1220 B
Bismarckhütte	7	12	4	115,80 G
Donnersmarkhütt.	½	1½	4	63,50 bzG
Dortm. Union	0	0	4	12,90 bz
do. St.-P. Lit. A.	0	2	5	87,10 bz
Königs- u. Laurah.	1 1/3	6½	4	120,90 bz
Lauchhammer	0	0	4	34,00 B
Marienhütte	2½	4	4	72,75 G
Cons. Redenhütte	4	8	4	160,00 B
do. Oblig.	6	6	6	105,00 B
Schl. Kohlenwerke	6	—	fr.	c. 116,00 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5 1/3	5½	4	94,25 G
do. St.-Pr.-Act.	5 1/3	5½	4½	101,50 bzB
do. Oblig.	—	5	5	106,00 G
Oppeln. Portl. Cem.	3½	4¼	4	— —
Groschowitzer dto.	2	4	4	72,75 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	75,00 G
Vorwärtshütte	0	8	4	18,00 B
Bresl. E.-Wagenb.	5½	3 1/3	4	79,70 bzB
do. ver. Oelfabr.	5½	7½	4	79,75 bzB
do. Strassenbahn	6	6¼	4	120,25 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	30,75 G
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	3	4	76,50 B
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	2	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	45,75 G
Schl. Leinenind.	5	6	4	94,75 B
do. Porzellan	1½	2	4	31,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	8	4	54,50 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

[Patent-Ertheilungen.] Neuerungen an Apparaten zur Herstellung kohlensäurehaltiger Getränke: H. Kirchmann in Hamburg. — Neuerungen an Radreifenbefestigungen für Eisenbahnfahrzeuge: Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum. — Neuerungen an dem unter P. R. Nr. 388 patentirten Verfahren der Herstellung von comprimirtem Kaffee: F. Esche in Zschipkau. — Neuerungen an Gasheizapparaten: J. Cougnet in Brüssel. — Einfallichter mit halbprismatischen Linsen in Treppenform: Gebr. Bredehorst in Bremen. — Neuerungen an Feuerungs-Anlagen: P. Wideburg, Gewerbeschullehrer in Frankfurt a. O. — Neuerungen an Rasirmessern: Durand, Bossin u. Brard in Paris. — Rechen-Maschine: A. N. Durand in Beaumont (Dordogne France). — Flaschenspül-Apparat: G. Zimmermann in Elbing. — Gasflammen-Reinigungs- und Gassparapparat: J. von Rimanoczi in Berlin. — Schwimm-Sandalen: K. Hrabowski in Berlin. — Zimmer-Ventilations-Vorrichtung: Ch. Werner, Lehrer, und C. Berg in Friedberg, Großherzogthum Hessen. — Verfahren und Vorrichtung zum Formen mit hohlem Vertheilungsstampfer: J. D. Delille in Paris. — Verfahren zur Darstellung von Farbstoffen durch Einwirkung von Diazoanisolen auf Naphtole und Naphtolsulfosäuren: Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. — Neuerungen an elektromagnetischen Signalvorrichtungen für Eisenbahnen: C. von Trott in Newyork (V. St. A.). — Neuerungen an Mitrailleusen: J. F. Trotter in London. — Dampfsteuerapparat für Seeschiffe: R. Ziese, in Firma Specht, Ziese und Co. in Hamburg. — Neuerungen an elektrischen Bremsen für Eisenbahnfahrzeuge: F. A. Achard in Paris. — Neuerungen an Gestein-Bohrmaschinen: F. Pelzer in Dortmund. — Neuerungen an gezahnten Scheiben zum Schroten und Schälen von Getreide: A. Millot in Zürich (Schweiz). — Verbesserungen an einer selbstthätigen Rangirbremse für Eisenbahnwagen: J. Fölsche und B. Lange in Magdeburg. — Neuerungen an Kettenwirkstühlen mit vertikalen Nadeln: J. A. Frerichs in Bradford und Th. Coltman in Leicester, England. — Schaufelform für Centrifugalsichtemaschinen: F. Kraus in Neuß am Rhein. — Vorrichtungen an Petroleumhandlaternen zur Zuführung der Luft zur Flamme und zum Anzünden der Laterne: C. T. Erber in Brieg, Reg.-Bez. Breslau. — Neuerungen an Apparaten zur Registrirung der Anzahl von Personen, welche ein Fahrzeug oder einen Raum betreten oder verlassen: H. J. Fieldus in Queens-Road Brighton, Grafschaft Sussex, England. — Neuerungen an der Lamb'schen Strick-Maschine: Strick-Maschinen-Fabrik Laue und Timaeus in Löbtau bei Dresden. — Verwendung von Silicium-Eisen für Mineralsäuren enthaltende Gefäße und Apparate: Dr. H. Uelsmann in Königshütte OS. — Neuerung an Notenblattwendern: C. Schmidt in Berlin. — Stege am stummen Ende der Saiten von Clavieren: H. Grantzow in Berlin. — Neuerung an Farcot'schen Ventilatoren: E. D. Farcot in Paris. — Neuerungen an der Claviermechanik: C. Zibulski in München. — Einrichtung zur Zuführung der Kette bei mechanischen Webstühlen: A. F. Sicker in Chemnitz. — Verfahren und Vorrichtungen zum Gießen von Hufeisen in eisernen oder metallenen Formen: C. Wittenström in Stockholm. — Neuerung in der Herstellung unterirdischer Kabel: Ph. Arbogast u. J. Mc. Tighe in Pittsburg (V. St. v. A.) — Selbstthätige, vom Regulator beeinflußte Verstellung entlasteter, cylindrischer Expansionsschieber: C. Müller in Neuschönefeld b. Leipzig. — Wasserrohrkessel für Warmwasserheizungen: H. Heine in Berlin. — Neuerungen an Knopfloch-Nähmaschinen: A. Rullmann in Zittau i. S. — Neuerungen an Straßen-Locomotiven: P. Bocka und C. Serre in Marseille (Frankreich.) — Einrichtung zum Einweben von Steppnähten an Regenschirmstoffen: W. O. Lies in Crefeld. — Entfernungsmesser: Dr. W. Klinkerfüs, Professor, Director der königl. Sternwarte in Göttingen. — Neuerungen an der unter Nr. P. R. 7447 patentirten Vorrichtung zum Auffangen von Oel an Luftdruckapparaten für Bier: Halle'sche Maschinen- und Dampfkessel-Armaturenfabrik Dicker u. Werneburg in Halle a. S. — Vorrichtung am Pagetstuhle zur selbstthätigen Herstellung von Langreihen an Wirkwaaren: Bößneck u. Richter in Chemnitz. — Neuerungen an den Schneiden und Pfannen der Balkenaxen oberschaliger Waagen: H. Louis in Jülich. — Stiefelfalten-Presse: F. W. Flügel in Neudietendorf. — Neuerungen an Klemm- und anderen Brillen: J. Porter-Michaels in Paris. — Handgeräth zum Vertilgen des Unkrautes im Garten- oder Ackerland: B. Neukirchen in Neukirchen bei Wevelinghofen, Kr. Grevenbroich. — Controlapparat für Kassen in Laden- und Geschäftstischen: H. C. Andersen in Kolding (Dänemark). — Neuerungen an Kleereiben: H. Löhnert in Bromberg. — Walzenriffelmaschine: F. Stetter in Weida und R. Weck in Greiz. — Stiefelholz mit Schraube und Hebel: G. Fischer in Augsburg. — Damastmaschine: E. Hoster in Burgwaldniel. — Maschine zum Schleifen kugelförmiger Gegenstände wie Perlen etc.: Keßler, Reg.-Baumeister in Berlin. — Zungennadel zur Anfertigung von Preßmustern: W. Barfuß in Apolda. — Selbstthätiger Spulapparat für Schiffchen-Nähmaschinen: G. Neidlinger in Hamburg. — Neuerungen an flachen mechanischen Wirkstühlen: E. G. Mossig in Siegmar, Sachsen. — Neuerungen am Streichgarn-Selfactor: E. Köster in Neumünster, Holstein. — Rührapparat für die Trichter an Walzenstühlen: F. Göbel in Ratibor.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Dec. 6., 7.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 0°,5	— 0°,4	— 0°,0
Luftdruck bei 0° (mm)	758,7	759,2	753,8
Dunstdruck (mm)	4,5	4,5	4,4
Dunstsättigung (pCt.)	94	100	96
Wind	O. 1.	SO. 2.	SW. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	Regen.

Wasserstand. Breslau, 7. Dec. O.-P. 5 M. 12 Cm. U.-P. — M. 36 Cm.
6. Dec. O.-P. 5 M. 12 Cm. U.-P. — M. 40 Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 7. Decbr. Die „Nordd. Allg. Z." bespricht in einem längeren Artikel die vom Abgeordnetenhaus am 2. d. ausgesprochene Erwartung bezüglich der amtlichen Veröffentlichungen und hebt hervor, die Verfassung enthalte keinen Artikel, durch den direct oder indirect dem Hause der Abgeordneten das Recht verliehen würde, zu bestimmen, in welchen Blättern die Staatsbehörden ihre Veröffentlichungen zu bewirken hätten, diese Frage gehöre ausschließlich dem Gebiete der Executive an; wenn das Abgeordnetenhaus auf Anregung einzelner für eine bestimmte Zeitung interessirter Mitglieder durch die Verkündigung der Erwartung die Regierung nöthigen will, der „Posener Zeitung" Inserate zuzuwenden, kann das Haus durch Majoritätsbeschluß jedes andere Executivrecht beanspruchen, indem es die Erwartung öffentlich vor dem Lande verkündet, daß die Regierung sich dem Willen des Hauses fügen werde. Wir würden dann auf dem Gebiete der Executive durch Beschlüsse des Abgeordnetenhauses regiert werden, nicht mehr durch das erbliche Königsthum. Die „Nordd. Allg. Ztg." schließt mit der Erwartung, daß die Abgeordneten, welche die Erwartung ausgesprochen, den Verfassungsparagraphen ausfindig machen werden, durch den sie sich zur Pression auf die dem Könige nach der Verfassung vorbehaltene Executivgewalt für berufen halten.

Straßburg i. E., 6. Decbr. Der Landesausschuß ist heute Nachmittag von dem Statthalter mit einer kurzen Ansprache eröffnet worden.

Paris, 6. Decbr. Frau Thiers ist gestorben. — Grévy empfing den mexikanischen Gesandten, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

Paris, 6. Decbr. Die Kammer berieth das Einnahme-Budget, Soubeyran wies auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Münzlage hin und besprach das Project Italiens, den Zwangscours aufzuheben. Er fragte an, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke. Der Finanzminister gab die Goldabnahme zu, welche dadurch hervorgerufen sei, daß der Import den Export übersteige. Dies sei die Folge schlechter Ernten und der Placirung zahlreicher französischer Capitalien im Auslande. Er werde den Goldvorrath der Bank durch Disconterhöhung zu schützen suchen und durch Circulation von Banknoten unter hundert Francs. Der Minister constatirte den Aufschwung der industriellen Geschäfte und den Ueberfluß an in Frankreich circulirendem Golde, welches er auf fünf Milliarden schätzt. Soubeyran erwiderte, wenn auch die Münzlage gegenwärtig nicht besorgnißerregend sei, müsse man doch Vorsichtsmaßregeln treffen gegen die Schwierigkeiten, die sich in Folge der Beschlüsse Deutschlands und Amerikas in der Münzfrage ergeben könnten. Redner erörtert die Fluctuationen im Werthe des Goldes und Silbers und wies auf die Wirkungen der Entwerthung des Silbers in Deutschland hin, die er für mißlich halte, sowie auf die Wirkungen der demnächstigen vollständigen Amortisirung der amerikanischen Staatsschuld, welche das Bedürfniß nach Gold vergrößern würde, denn man würde alsdann die Baumwolle und das Getreide Amerikas nicht mehr in amerikanischen Werthen bezahlen können. Soubeyran verglich die einfache Währung mit der Doppelwährung und rieth, Frankreich möge die Initiative ergreifen zu Münzverhandlungen mit Amerika und Deutschland, um gemeinsame Mittel ausfindig zu machen bezüglich der Münzbeziehungen zwischen diesen Ländern. Häntjens mißbilligte die Zunahme der Budgetausgaben und betonte, die Herabsetzungen der Steuern kämen der Arbeiterbevölkerung zu wenig zu statten. Die Sitzung wird aufgehoben.

Triest, 6. Decbr. Der Lloyddampfer „Diana" ist aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Newyork, 6. Decbr. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Main" und der Hamburger Postdampfer „Herder" sind hier eingetroffen.

Newyork, 6. Decbr. Der Dampfer „Spain" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist am 3. c. Morgens hier angekommen.

Paris, 6. Decbr. Fürst Hohenlohe stattete gestern Morgen Gambetta einen längeren Besuch ab, welchen der Kammerpräsident Nachmittags erwiederte. Gestern Abend fand beim österreichischen Botschafter, Grafen Beust, ein Galadiner statt, welchem Barthélemy Saint-Hilaire, Fürst Hohenlohe und sämmtliche Mitglieder der deutschen Botschaft beiwohnten.

Literarisches.

Friedrich Spielhagen hat, wie das „D. M.-Bl." hört, soeben ein neues Werk beendet, welches seinem Umfange nach ein Roman genannt werden könnte, von dem Verfasser aber, der bekanntlich auch auf dem Gebiete der Theorie seiner Kunst wie nicht leicht ein Zweiter zu Hause ist, eine Novelle genannt wird, gleich seinem im Frühling dieses Jahres zuerst, und jetzt bereits in dritter Auflage erschienenen, rosen- und lorbeerumsponnenen Quisisana. „Denn", entwickelte der Autor dem Gewährsmann, „ich nenne Novelle eine epische Prosadichtung, in welcher, wie in Quisisana, eine, wenn auch complicirte, so doch immer leicht übersichtliche Handlung zwischen verhältnißmäßig wenigen Personen auf einem streng begrenzten Local innerhalb einer kurzen Zeit, vielleicht nur weniger Tage, sich abspielt und abspielen muß, weil es nur des Contactes eben jener Personen bedarf, um den Conflict hervorzurufen, der, weil er durch die Natur der betreffenden Personen ganz genau bestimmt ist, auch nur eine ganz bestimmte Lösung haben kann. Dies Alles trifft nun bei meiner neuen Arbeit fast noch mehr zu, als bei Quisisana, wo ich denn doch zwischen der Katastrophe und dem Finale ein paar Monate vergehen lassen und das Local wechseln mußte, während diesmal die bekannten drei dramatischen Einheiten — selbstverständlich mit der nöthigen epischen Licenz — zwang- und mühelos innegehalten werden konnten. Aber auch sonst möchte ich mein neues Werk mit Quisisana in eine Kategorie bringen, ja, es als eine Art von Pendant zu jenem bezeichnen, nur daß diesmal einer Frau die Hauptrolle zugetheilt ist, die dann freilich ihre Aufgabe nicht weniger großmüthig, aber energischer anfaßt. Dadurch wurde eine straffere Action bedingt, und mit derselben für den Schluß eine Form gewonnen, welche dem strengen ästhetischen Gesetz besser entspricht, als der Ausgang von Quisisana. Es ist da eben der Unterschied, der zwischen der Tragik des Leidens und Duldens und jener Tragik besteht, welche aus dem Handeln resultirt, das bekanntlich nach Hegel die Verschuldung zur unabweislichen Gefährtin hat. Uebrigens, da Sie das doch auch vermuthlich wissen möchten, spielt die Novelle an den Gestaden des Genfersees, im Herbst des Jahres 71, und heißt nach der Heldin „Angela"!

Vermischtes.

[Ein Gedenktag.] Heute, am 7. Dezember, sind es 45 Jahre, daß die erste deutsche (Nürnberg-Fürther) Eisenbahn eröffnet wurde (1835).

[Hyrtl-Feier in Wien.] Am 7. d. feiert Hofrath Hyrtl den Tag, mit welchem er sein 70. Lebensjahr zurückgelegt hat. Das dortige medicinische Doctoren-Collegium hat Hyrtl zu Ehren eine Medaille prägen lassen. Der Aerzteverein der südlichen Bezirke Wiens und jener der Leopoldstadt haben die Uebergabe von Adressen beschlossen. Die beiden Adressen, sowie die Medaille des Directoren-Collegiums werden dem Jubilar durch eine Deputation unter Führung des Präsidenten oder eines der beiden Vicepräsidenten des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums und zwar erst am 8. d. M. überreicht werden, nachdem Professor Hyrtl den Wunsch geäußert hat, den 7. d. M. ungestört im Kreise seiner Schüler und Freunde verleben zu wollen. Der Verein deutscher Aerzte in Prag hat Professor Hyrtl anläßlich seines Jubiläums zum Ehrenmitgliede ernannt. Der Verein der Aerzte in Krain wird eine Adresse an den Jubilar richten.

[Aus dem Jahre 1848.] Ueber die Flucht Bem's aus Wien erzählt ein ungarisches Blatt („Ellenör") folgende Einzelheiten, aus welchen hervorgeht, daß sie Niemand Geringeren zum Förderer hatte, als Paul Szontagh, den Vicepräsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses. Der Rath der Staatskanzlei, Baron Hußar, übergab gleich zu Beginn der Belagerung Wiens an Vargha sechs Stück Reisepässe, auf denen die Rubriken der Personbeschreibung unausgefüllt geblieben waren. Als dann später Windischgrätz im Sinne der Wiener Capitulation die Auslieferung Messenhauser's, Bem's, Fenneberg's, sowie die Schütte's forderte, zerriß Messenhauser den ihm zur Verfügung gestellten Paß und gab sich selber an, Fenneberg aber benützte den seinigen und entkam auch glücklich. Am Tage der Einnahme Wiens weilten Szontagh und Vargha in der Kanzlei; am Abend kam Messenhauser zu ihnen und bat sie, sie möchten ihm behilflich sein, Bem zu retten: sie möchten ihn in der Kanzlei verbergen. Vargha war der Meinung, das Gebäude der Staatskanzlei sei hierzu nicht geeignet, denn die erste Haussuchung stehe hier zu erwarten; man müsse sich nach einem anderen Versteck umsehen. Indessen Messenhauser bemerkte: „Er folgt mir auf dem Fuße", und in der That öffnete in demselben Augenblicke Bem die Thür; er trug die Uniform der akademischen Legion und war an der Hüfte verwundet. Er hatte mit Zsulavßky als der Letzte die sogenannte Sternbarrikade im Prater verlassen und war in demselben Augenblicke von einer Musketenkugel gestreift worden. Er beklagte sich, die Nationalgarden hätten ihn verlassen: „il sont eu peur" („sie hatten Furcht") sagte er. Szontagh hatte eine größere Wohnung inne; man beschloß, den General dahin zu bringen. Henßlmann ging einen Fiaker holen und Szontagh brachte in dem Wagen Bem nach Hause, ohne daß man sie bemerkt hätte. Bem's Gepäck war in einem Wagenkoffer untergebracht und schwieriger zu transportiren. Szontagh wollte früher seinen Bedienten aufsuchen, allein der hielt sich bei seinem Weibe, einer „Standlerin", versteckt, denn er war zur Mobilgarde eingeschrieben und fürchtete, man werde ihn für dieselbe requiriren. Den Portier der ungarischen Kanzlei kannte man als einen Reactionär; trotzdem trug er das Gepäck nach Szontagh's Wohnung, obschon er Verdacht hegte, daß dortselbst Bem versteckt sei; er ließ sogar verlauten, Szontagh habe gesagt: „Dem müßten wir durchhelfen!" In seiner Wohnung glücklich angelangt, wollte Szontagh nach Bem's Wunde sehen, dieser aber sagte: „Ich habe eine gute Leib" und klebte sich einfach einen Streifen englischen Pflasters auf die Schramme. Dann überpackten sie die Utensilien in einem neuen Reisesack und fuhren in einem Fiaker zur „Ente" auf der Wieden. Bem wollte sich von seinem Säbel nicht trennen; Szontagh warf denselben aber zu einem offenen Fenster der Burgstallungen hinein, wo er einige Tage nachher gefunden wurde. Bem reiste mit dem, auf Johann Schneider lautenden Passe ab, kam in einem Fiaker über die Linie hinaus und gelangte ohne jedes Hinderniß nach Preßburg. Szontagh wurde einige Tage später festgenommen, in Eisen gelegt und nach einjähriger Untersuchungshaft zu zwei Jahren Festung verurtheilt, weil er Bem durchgeholfen hatte.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.